

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Freitag, den 28. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

## Angst vor der „Evolution“.

„Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf,“ schrieb bekanntlich Friedrich Engels in seiner Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“. „Wir, die „Revolutionäre“, die „Umschüler“, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie ruhen verzweifelt mit Driblon-Barrot: La legalité nous tue, die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben.“ In dieses bekannte Zitat von Engels erinnert unwillkürlich eine staatsrechtliche Abhandlung, die der Wirkliche Geheimrat Oberverwaltungsrat Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Stephan Genzmer im „Archiv für öffentliches Recht“ (25. Band, 2. Heft) veröffentlicht über den „Gemeindefortschritt und seine gesetzlichen Schranken im preussischen Kommunalrecht“. Der Herr Geheimrat sieht nämlich — scharf mit Recht! — eine große Entwicklung des Gemeindefortschritts kommen und er unterjocht nun, ob das Gesetz noch genügende Schranken biete gegen eine rein gesetzliche, evolutionäre Konfiskation der Vermögen der Besitzenden!

Es sind diesmal keine Beschränkungen vor einem Umsturz, einer Revolution, die dem Senatspräsidenten des preussischen Oberverwaltungsgerichts die Feder in die Hand gedrückt haben, sondern die praktische Mitarbeit der Sozialdemokraten und die feste Überzeugung, daß eine Entwicklung zum Sozialismus vor sich geht, haben Herrn Genzmer veranlaßt, die Gefahren festzustellen, denen die Besitzenden durch die gesetzliche Tätigkeit der Sozialdemokraten ausgesetzt sind und durch eine Untersuchung der Gesetze klarzulegen, daß einwilligend noch genügend Schranken in der preussischen Gesetzgebung zu finden sind, die Entwicklung zu „hemmen“ und die Konfiskation der Vermögen zu verhindern. Aber aufhalten läßt sich auch nach seiner Überzeugung die Entwicklung nicht. „Auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft“, schreibt er, „ist keine bleibende und unveränderliche, sondern befindet sich im Fluße der Fortentwicklung.“ Sie werde bestimmt durch die technischen Fortschritte beeinflussen vorzugsweise die Form der Gütererzeugung, deren Herstellung mittels Einzelarbeit, Arbeitsteilung oder Gemeinschaftsarbeit, die sittlichen Anschauungen dagegen die Art der Güterverteilung, die Bemessung des Anteils, der dem einzelnen an dem Arbeitsertrag gewährt wird.“

Sittliche Anschauungen würden ferner dazu führen, daß die Arbeit dem einzelnen nicht nur das Mittel zur Gewinnung seines eignen Lebensunterhalts und zur Förderung seiner eignen Lebenszwecke sei, sondern ihm auch ein Mittel zur Förderung der Lebenszwecke anderer Menschen werde. Der menschliche Egoismus trete zurück vor dem Altruismus, der durch die eigne Arbeit auch die Wohlfahrt der andern fördern wolle, und vor dem Triebe zur Gerechtigkeit, die eine Aneignung des Arbeitsertrags nur so weit gestattet, als er das Ergebnis der eignen Tätigkeit und nicht der Arbeit anderer ist. Für einen preussischen Geheimrat sind das einigermaßen verständliche Anschauungen. Aber gerade in dieser Entwicklung der sittlichen Anschauungen des Volkes und in diesem „Triebe zur Gerechtigkeit“ sieht der Geheimrat große Gefahren für die Besitzenden!

Die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Gemeindegewählten sieht Genzmer sicher kommen. Diese Forderung werde nicht mehr nur von der Sozialdemokratie erhoben, sondern auch von Vertretern eines fortgeschrittenen Liberalismus. Dann werde aber damit zu rechnen sein, daß viele Städte Preußens eine sozialdemokratische Verwaltung erhalten, die versuche, sozialistische Einrichtungen in der Gemeinde herzustellen. Unter Gemeindefortschritt versteht Genzmer nicht nur die kommunale Produktion, sondern alle Einrichtungen, die von der Gesamtheit, also bei einer sozialistischen Verwaltung, mit starker Progression der Steuern, vornehmlich von den Besitzenden unterhalten werden müssen, zugunsten der Minderbemittelten. Also z. B. die kommunale Lieferung von Brot, Fleisch, Wasser, Licht, Wohnungen usw. an die Minderbemittelten zu niedrigen, die Kosten nicht deckenden Preisen, die unentgeltliche Verpflegung in Versorgungsanstalten und so fort. Deshalb, so sagt der Herr Geheimrat, dürfe ein Blick auf die Ein-

richtungen dieser Art, welche bereits jetzt schon in einzelnen Städten getroffen worden seien, und eine Prüfung der Frage nicht ohne Interesse sein, welche Schranken sich der Verwirklichung solcher Bestrebungen im Kommunalrecht des preussischen Staates entgegenstellen.

Auf Grund seiner Untersuchung kommt er zu dem Resultat, daß die Gemeinde ebenso wie der Staat mittels seiner Gesetzgebung alles in den Bereich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ziehen dürfe, was sie hierzu für geeignet erachte. Die Auffassung einiger Staatsrechtslehrer, daß die Tätigkeit der Gemeinde an sich nur als eine ihr vom Staat übertragene Aufgabe anzusehen sei und daß es keine öffentlich rechtliche Kommunalanlage gäbe, sei falsch. Nach dem Gesetz belägen die Gemeinden ein Selbstverwaltungsrecht und der Staat habe keine Möglichkeit, die wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden zu verhindern. Für die gewerblichen Betriebe bestehe nur die Vorschrift, daß sie grundsätzlich so zu verwalten seien, daß durch die Einnahmen mindestens die gesamten durch die Unternehmung für die Gemeinde erwachsenen Ausgaben gedeckt werden, so daß aus rein gewerblichen Betrieben den Minderbemittelten kein Vorteil auf Kosten der Besitzenden verschafft werden kann. Eine Ausnahme ist aber zulässig, wenn die Unternehmung zugleich einem öffentlichen Interesse diene, welches andernfalls nicht befriedigt wird. Als Gegenleistung für die im öffentlichen Interesse errichteten Anlagen kann die Gemeinde Gebühren erheben, deren Höhe so zu bemessen ist, daß sie die Kosten decken. Doch kann die Gemeinde die Gebühren absetzen. Wenn ein Benutzungszwang besteht und bei gewissen Veranstaltungen zu besonderen Zwecken kann die Gemeinde aber auch nur ganz geringe oder gar keine Gebühren erheben. Eine Gemeinde kann daher Nahrungsmittel wie Fleisch, Brot usw. in eigenen Betrieben herstellen und zum Selbstkostenpreis verkaufen, Wasser, Licht usw. aber an die Minderbemittelten zu einem hinter den Selbstkosten zurückbleibenden Preis ablassen und öffentliche Anstalten verschiedener Art den Bewohnern unentgeltlich zur Verfügung stellen. Das alles können die Kommunen nach den bestehenden Gesetzen tun, und Genzmer schließt daraus, daß einmal sozialdemokratische Mehrheiten in den preussischen Städten auf rein gesetzlichem Wege den minderbemittelten Massen große Vorteile auf Kosten der Besitzenden verschaffen könnten. Aber er hat für die Besitzenden einen guten Trost: noch besteht das Ausschlagsrecht des Staates, und da die Regierung zu Anleihen und für die Erhebung von Steuern über die Maximalgrenze hinaus die Genehmigung erteilen muß, in den Landgemeinden aber alle Beschlüsse verwerfen kann, so hat sie die Möglichkeit, die Entwicklung zu „hemmen“, und somit gewähre „das bestehende Kommunalrecht den Besitzenden Klassen einen ausreichenden Schutz gegen eine erzwungene Hergabe ihres Vermögens zur Förderung sozialistischer Veranstaltungen durch die Gemeinde“.

Das heißt also: der Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts ist der Meinung, daß die Entwicklung nicht zu verhindern ist, daß sie kommen wird, denn sie entspringe nicht nur dem technischen Fortschritt, sondern auch der wachsenden Sittlichkeit und dem „Triebe nach Gerechtigkeit“, aber sie kostet die Besitzenden Opfer — und daher sei es erfreulich, daß einstweilen noch „Schranken“ bestehen, die Entwicklung zu „hemmen“. Obwohl von einer „erzwungenen Hergabe ihres Vermögens zur Förderung sozialistischer Veranstaltungen“ durch den Gemeindefortschritt nicht gesprochen werden kann, zeigt die staatsrechtliche Abhandlung Genzmers, daß die Besitzenden große Angst haben vor einer gesetzlichen Entwicklung — einer „Evolution“ ohne jede gewalttätige Revolution! —, die zur höhern Sittlichkeit und Gerechtigkeit führt, weil dieses Ziel notwendig der Sozialismus sein muß! Da aber auch „der Staat“ dem Gesetz der Entwicklung unterworfen ist, das Herr Genzmer anerkennt, so wird der Verlaß auf den Staat den Besitzenden keinen dauernden Trost bieten, und es wird einst kommen, was kommen muß: der Sozialismus!

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die versteckte Kanzlerkrisis.

Aber eine bevorstehende Kanzlerkrisis werden in bürgerlichen Blättern seit einigen Tagen tiefsinnige Betrachtungen angestellt. Auch die „Kölnische Zeitung“ nimmt an den Erörterungen teil. In einem Berliner Telegramm läßt sie sich berichten, daß der Reichskanzler noch in letzter Zeit Beweise des kaiserlichen Vertrauens erhalten habe. Wenn es wirklich politische Kreise gibt, die Herrn v. Bethmann stürzen wollen, so werden sie sich mit ihren Wünschen noch etwas gedulden müssen. Es widerprüche auch aller

preussisch-deutschen Überlieferung, daß ein hoher Beamter kurz nach seiner Berufung zur Aufgabe seiner Stellung veranlaßt wird, und man dürfe im allgemeinen getrost annehmen, daß diese Gefahr in den ersten zwei Jahren über einem Minister bei uns nicht schwebt. Auf den Einwand, daß ein derartiger Brauch durchaus unbeschadet sei, wird erwidert: „Mag sein; aber der Brauch ist da und er bildet, abgesehen von allem andern, einen Grund, der das Geschäft eiligen Ministerstürzens zurzeit sehr aussichtslos macht.“ Weiter erklärt das Blatt zu der von konservativer Seite angeregten Stellvertreterung Bethmanns, dieser dürfe keineswegs gewillt sein, sich nur auf Reichsangelegenheiten zu beschränken und sich aus den preussischen Staatsgeschäften bis zu einem gewissen Grade ausschalten zu lassen.

„Bei der engen Verbindung, die zwischen den preussischen und den Reichsgeschäften besteht, ist das auch gar nicht möglich, und im übrigen dürfte es, wie gesagt, der Neigung des Herrn von Bethmann auch nicht entsprechen. Schließlich kommt es weniger an auf die Reden, ob sie nun häufig oder selten seien, sondern auf die Taten. Wir wünschen einen selbstbewußten, kräftig eingreifenden Reichskanzler, und in dieser Hinsicht ist es sehr bezeichnend, daß einige Äußerungen in den letzten Reden, die auf Selbstbewußtsein und eigenen Willen hindeuten, auch nur gerade in der linksliberalen Presse Beifall gefunden haben. Worunter wir leiden, das ist die Zaghaftigkeit und Peffreterei, die Schwierigkeiten aus dem Wege geht; was wir wünschen, ist Herzhaftigkeit und Entschlossenheit, die selbst bei denen Anerkennung finden werden, gegen die sie sich richten. Wenn Herr von Bethmann die richtige Erkenntnis bekommt von diesem Volksbedürfnis, so wird er sich seine schwere Aufgabe sehr erleichtern können.“

### Deportations-Verband.

Um einem „tiefergehenden“ Bedürfnis abzuhelfen, hat sich ein „Deutscher Deportationsverband“ gebildet, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Deportation nach den Inseln der Südsee, insbesondere nach der Insel „Neu-Pommern“ herbeizuführen. Diese „Menschenfreunde“ haben sich davon überzeugt, daß die Regierung nicht dafür zu haben ist, Verbrecher zu deportieren, deshalb soll dieses Experiment nunmehr mit entlassenen Strafgefangenen versucht werden. Auch dagegen muß entschieden Einspruch erhoben werden. Leute, die nach Verbüßung längerer Strafen aus den Anstalten entlassen werden, sind in der Regel gesundheitlich derart geschwächt, daß sie in dem subtropischen Klima der Südeinseln rasch zugrunde gehen müßten. Dem Verband gehören die Abgg. Dr. Arnung (natl.) und Dr. Goller (freij.) an. — Natürlich muß auch ein Freisinniger dabei sein!

### Invaliden- und Altersrenten.

Die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich Dezember 1909 von den 31 Versicherungsanstalten und den zehn vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidentrenten betrug 1 748 137. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezuges von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 854 552 Renten, sodas am 1. Januar 1910 liefen 893 585 Renten (gegen 885 950 am 1. Oktober 1909).

Die Zahl der während desselben Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 481 382.

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 379 020 Renten, so daß am 1. Januar 1910 102 362 Renten liefen (gegen 103 558 am 1. Oktober 1909).

Gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes (Krankentrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 103 192 Invalidentrenten bewilligt.

Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen 84 690 Renten, so daß am 1. Januar 1910 noch 18 502 Renten liefen (gegen 18 653 am 1. Oktober 1909).

Beitragsentlastungen sind bis zum 31. Dezember 1909 bewilligt:

- a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind 1 962 340,
- b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes geworden sind, 6026,
- c) an die Hinterbliebenen von Versicherten 437 967, zusammen 2 406 333.

### Zur Frage der Schiffsabgaben.

Die Hanauer Handelskammer nimmt in ihrem gestern erschienenen Jahresbericht Stellung zu dem Entwurf eines Schiffsabgaben-Gesetzes und sagt u. a.: Der Entwurf hat nach der Ausnahme, die er gefunden,

wenig Aussicht auf Verwirklichung. Nicht nur Lokalverbände und Schiffsahrt-Interessenten bekämpfen ihn in heftiger Weise, sondern auch der deutsche Handelstag hat ihn fast einstimmig abgelehnt. Und wo er Zustimmung fand, geschah es nur deshalb, weil man die Schiffsahrtsgaben als geringeres Übel hinnehmen wollte, wenn die Erreichung bestimmter Zwecke dadurch gesichert schien.

Die fast allgemeine Abneigung der beteiligten Kreise in Handel und Industrie erklärt sich nicht nur auf grundsätzliche Bedenken, sondern hat auch eine positive Rechtfertigung für sich gewonnen, nachdem die Veröffentlichung des Abgabentarifes erfolgt ist und dieser sich als weitgehend in agrarfreundlichem Sinne aufgestellt erwiesen hat. Zum Schluß wird noch im Bericht empfohlen, die Uferstaaten des Mains möchten sich nicht auf die Agrarier verlassen, sondern sich für die Fortbildung der Mainkanalisierung auf einen andern Modus einigen, um die wenigen für dieses wichtige Werk erforderlichen Millionen aufzubringen, damit die fertig vorliegenden Projekte endlich zur Durchführung gebracht werden können.

Auf eine Anfrage erklärte im Meininger Landtage Staatsminister von Ziller, die Staatsregierung werde dem Antrage Preußens auf Einführung von Schiffsahrtsgaben im Bundesrate zustimmen, da er für Sachsen-Meinungen einen großen Vorteil bedeute. Wenn einmal sollen die Abgaben auf dem ganzen Strom in gleicher Weise verteilt erhoben werden, während bisher nur Abgaben an den Säulen erhoben worden seien, was besonders die Anwohner des Oberlaufes der Ströme und hier besonders die deutschen Mittelländer betroffen hätte, sodann aber plane Bayern eine Kanalisierung des Mains bis Bamberg. Der Antrag Preußens sei äußerst weitläufig und von größter kultureller Bedeutung für das deutsche Gemeinwohl; er bedeute einen starken Schlag gegen den Partikularismus.

Am in der Angelegenheit der Schiffsahrtsgaben doch noch in letzter Stunde eine Verständigung von Württemberg und Baden über die Neckarkanalisation herbeizuführen, ist auf Sonnabend eine Konferenz nach Stuttgart einberufen, an der Abgeordnete des badischen, heilfischen und württembergischen Landtages teilnehmen werden. Es soll dort erreicht werden, daß die württembergische Regierung noch vor der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat den württembergischen Landtag zusammberuft, damit er Gelegenheit hat, sich zu der veränderten Stellung Badens in dieser Frage zu äußern.

Damit ist noch in letzter Stunde die Möglichkeit einer Ablehnung der preussischen Vor schläge gegeben.

#### Die Dungsgrube des Seelenhirten.

Wie Freiherr v. Wangenheim-Kl. Spiegel in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher einer Pfarre „verantwortlich vernahm“, davon erzählt das „Neue Pommerische Tageblatt“ ein biblisches Geschichtchen. Der Pastor Bethke zu Gr. Mellen im Kreise Saagig erhielt auf offener Postkarte die Aufforderung, sich zu einer „verantwortlichen Vernehmung“ beim Herrn Amtsvorsteher einzufinden. Obwohl er sich keines Verbrechens oder Vergehens wider die Staatsmacht bewußt ist, bezieht er sich doch, der Aufforderung nachzukommen.

Der Herr Pastor nimmt sich einen Schütten (es war gerade in den Tagen, als dort Schnee lag) und fährt nach Kl. Spiegel zu dem Amtsvorsteher Freiherrn v. Wangenheim. Da wird nun die „verantwortliche Vernehmung“ in Gang gebracht. Die Personalien des Herrn Pastors werden aufgenommen — sie sind dem Herrn Amtsvorsteher, seinem Patron, allerdings bekannt —, aber zu einer verantwortlichen Vernehmung gehört, daß genaue Auskunft erteilt wird über Weib, Kind und alles was sein ist, was die Ehefrau für einen Mädchennamen geführt hat, wie die Eltern heißen, wie die Vermögensverhältnisse sind, die Militärverhältnisse usw. Nachdem das alles ebenso genau zu Papier gebracht ist, erfährt der Pastor nun auch, weshalb er zu der verantwortlichen Vernehmung vorgeladen ist. Es ist auf Veranlassung des Bürgermeisters Weiße zugetragen, um den Pastor Bethke aufzufordern, die Dungsgrube auf dem Grundstück Bahnerstraße 3 in Writz räumen zu lassen. Pastor Bethke ist Besitzer des genannten Grundstücks und erklärt, die Räumung der Dungsgrube werde vor sich gehen, sobald das Wetter die Abfuhr gestatte. Damit ist die verantwortliche Vernehmung zu Ende.

Der Hund der Landwirte darf mit stolzer Genugtuung auf die reinliche Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue seines ersten Vorsitzenden hinweisen, dessen Fürsorglichkeit selbst die vollen Sauchgruben seines Herrschaftsbezirktes liebevoll umsaft.

#### Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag.

Eine ansehende offizielle Meldung befragt, daß der Britische Gesandte, dem die Begünstigung des mit Amerika abzuschließenden Handelsvertrages übertragen ist, dem Standpunkt zugestimmt hat, daß Tariffragen nicht mit verfahrenswidrlichen Vorurteilen vermengt werden dürfen. Die Sache liegt nämlich so, daß viele veterinärpolitischen Bestimmungen die Einfuhr von Fleisch und Vieh aus dem Ausland fast völlig unmöglich machen, so daß also eine Herabsetzung der Fleisch- und Viehzölle einen praktischen Wert nicht haben kann, wenn nicht gleichzeitig diese schikanösen Bestimmungen gemildert werden. Daß die Amerikaner sich darauf einlassen werden, dürfte doch sehr fraglich sein.

#### Der portugiesische Handelsvertrag.

In den Kreisen der Regierung rechnet man bestimmt mit der Annahme dieses in der Kommission abgeleiteten Vertrages durch das Plenum des Reichstages. Mit der nationalliberalen Reichsagitation sind offenbar bereits Verhandlungen im Gange, die den von der Regierung gewünschten Erfolg versprechen.

#### Die Reichstagswahl in Eisenach-Vermbach.

Am Samstag findet in Eisenach-Vermbach die Reichstagswahl für den über die Uckermark gehenden Wahlkreis statt. Die Wahlbewegung ist in letzter Zeit sehr lebhaft gewesen, und besonders die Nationalisten haben große Anstrengungen gemacht, um das Mandat ihrer Partei zu erlangen. Viel Aussicht auf Erfolg werden sie wohl nicht haben.

Die Nationalliberalen haben, nachdem der Kandidatenwahl beizugelegt worden, sich ausgiebiger Hilfe der Freisinnigen zu erfreuen. Und bezugnehmend auf es Herr Naumann, der für den Nationallibe-

ralen agitiert, derselbe Herr Naumann, der vor reichlich zwei Jahren die Liberalen zum Wahlrechtskampf in Preußen aufrief, dessen Ziel die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts für Preußen sein sollte. Er tritt für die Wahl eines Nationalliberalen ein, obwohl die Nationalliberalen alles andere wollen mögen, nur nicht das Reichstagswahlrecht für Preußen! Aber noch mehr. Der nationalliberale Kandidat in Eisenach, Dr. Appellius, ist derselbe, der erst die Kandidatur des Bündlers Krug gemacht hatte. Naumann beruhigt sich dabei, daß es nicht der Bündler selber ist, der kandidiert. Die gemeinliche Arbeit bei der „Finanzreform“ hat sein Herz zu den Nationalliberalen gezogen. Es wird ihn wohl noch weiter ziehen, wenn die linksliberale Einigung erst fertig ist.

Unsere Genossen im Wahlkreis geben sich selbstverständlich die denkbarste Mühe, das Mandat für die Sozialdemokratie zu erobern. Sie stoßen dabei vielfach auf die „altbewährte“ Taktik der Geauer, ihr die Säle abzutreiben, damit die Aufklärung nicht unter die Wähler dringt. Wir dürfen trotzdem das Beste hoffen, denn die Chancen haben sich seit 1907, wo der „nationale“ Sturm alle Geauer zusammentrieb, erheblich gebessert. Die Wähler fühlen heute die Folgen der nationalen Kaserie von 1907 in der Verteuerung der allgemeinen Lebensbedürfnisse durch die neuen Steuern und die Stimmung ist eine wesentlich andere geworden.

Schon 1907 stand der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Leber-Jena, mit 7875 Stimmen obenan, der Antisemit hatte 6985, der Nationalliberale 6089 Stimmen. Schack siegte dann in der Stichwahl mit 9834 Stimmen über Leber, der 9509 Stimmen erhielt. Diesmal wird das Stimmenverhältnis für uns wohl schon in der Hauptwahl günstiger sein.

#### Aus dem sächsischen Landtage.

In einem ergötzlichen Zwischenfall kam es in der Mittwochs-Sitzung in der Zweiten Kammer. Bei dem Kapitel Forstakademie war eine Etatsüberschreitung von einigen tausend Mark infolge Anschaffung einer Antiskeite für den Rektor der Forsthochschule gemacht worden. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Sozialdemokraten erklärten, daß solche Ausschreibungen überhaupt überflüssig wären. Merkwürdigerweise stimmten auch die Nationalliberalen dieser Kritik zu. Abg. Langhammer verließ sich sogar zu der Äußerung, daß ein solcher Firleis kein Wert habe; auch die Freisinnigen stellten sich auf denselben Standpunkt. Bei der Abstimmung aber stimmten die Nationalliberalen mit den Konservativen für die Bewilligung, was stürmisches Geklächer im ganzen Hause auslöste.

#### Das sächsische Wahlrechtselement soll unberührt bleiben.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen gab der § 101 des neuen Pluralwahlgesetzes, der den Ausschluß der Steuerrentanten vom Stimmrecht regeln soll, zu heftigen Streitigkeiten Veranlassung. Der Passus ist so unklar gefaßt, daß er auf die verschiedenste Weise ausgelegt wurde. In einem Regierungsbezirk wurden Steuerrentanten, die die Steuern des zweitletzten Jahres vor der Wahl schuldeten, vom Stimmrecht ausgeschlossen, während die Steuerrente aus dem Jahre vor der Wahl nicht in Betracht kamen. In anderen Wahlkreisen wurde dagegen nur den Steuerrenten aus dem Jahre vor der Wahl eine wahlrechtstende Wirkung verliehen. Gelegentlich eines nationalliberalen Antrages, der einheitliche Verjährungsfristen für Steuerrenten forderte, wurde diese Seite des sächsischen Wahlrechtselements bereits in der Zweiten Kammer geschildert — und Abhilfe gefordert; der nationalliberale Antrag sollte auch dazu dienen, konnte aber das Ziel nicht erreichen.

Als dieser Antrag, vor einigen Tagen in der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages zur Beratung stand, wurde von sozialdemokratischer Seite eine klarere Fassung des § 101 des Wahlgesetzes gefordert. Die Deputation beschloß auch demgemäß. Vor dem endgültigen Beschluß sollte jedoch noch die Regierung gehört werden. Diese ließ in kommissarischer Beratung durch den Ministerialdirektor Dr. Kumpelt erklären, sie könne keiner Änderung des Wahlgesetzes ihre Zustimmung geben. Danach soll auch dieser Ärgste Teil des sächsischen Wahlrechtselements, der Sachten geradezu zum Geißel gemacht hat, weil niemand weiß, wie der Passus zu verstehen und anzuwenden ist, unberührt bestehen bleiben. Die sächsischen Genossen werden voraussichtlich bei der nächsten Wahl versuchen, eine Entschärfung des Oberverwaltungsgerichts herbeizuführen, um zu verhüten, daß viele Taxende Steuerrentanten dem Willen der Gesetzgeber zuwider vom Stimmrecht ausgeschlossen werden, wie das bei der letzten Wahl geschahen ist. Es handelt sich dabei um das Stimmrecht von etwa 60 000 sächsischen Landtagswählern.

#### „Von Gottes Gnaden“.

Über das Befinden des Königs Otto von Bayern ist im „Frank. Kur.“ zu lesen: „Das seinerzeit aufgetretene Nierenleiden ist durch sorgfältige Pflege längst beseitigt, und in ärztlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß der jetzt im 62. Lebensjahr stehende König möglicherweise noch ein hohes Alter erreichen kann. Das traurige Verlehen des Monarchen, der seine Zeit seit Jahren meistens am Boden liegend verbringt, wickelt sich in größter Einsamkeit ab...“

#### Patrioten, verhält euch Haupt!

Es geht mit Nierenkräften abwärts auf der schiefen Ebene und Deutschlands Macht und Herrlichkeit geht langsam aber sicher unter in der roten Flut. Zu all dem Ärger, den unsere Patrioten in Baden, Bayern und Thüringen schon erleben müssen, gesellt sich ein neues wahrhaft haarsträubendes Ereignis in Sachsen, über welches die „Konst. Corr.“ folgendes ausführlich berichtet:

Nicht nur im sächsischen Landtage, auch im Dresdener Stadtverordneten-Kollegium haben die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten einen Bund geschlossen. Im Dresdener Stadtparlament hatten bisher die Konservativen die Mehrheit. Seit der letzten Wahl

fehlen ihnen drei Stimmen an der absoluten Mehrheit. Die Nationalliberalen sind erheblich schwächer. Anstatt nun mit den Konservativen sich zu verständigen, wozu diese bereit waren, paktierten sie mit den sechzehn Genossen im Kollegium und brachten mit ihnen eine Mehrheit zustande, die dann nach ihrem Gefallen die Ausschüsse wählte. Wenn man nun auch darauf verweisen kann, daß in den rein politischen Körperchaften jetzt die Sozialdemokratie allgemein auch in die Kommissionen mitgewählt werden, so erscheint dieses zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten formell getroffene Abkommen doch infolieren in einem bedenklichen Lichte; als es auch darauf ging, einen Sozialdemokraten in das Direktorium zu bringen. Nicht einmal im Reichstage mit seinem demokratischen Wahlrecht ist bisher ein Sozialdemokrat zum Schriftführer gewählt worden! In Dresden taten es die Nationalliberalen, indem sie den konservativen Schriftführer Dr. Thümmeler durch einen Sozialdemokraten ersetzten. Noch bezeichnender ist aber folgender Vorgang: In den nationalliberalen Stadtverordneten gehören der Landtagspräsident Dr. Vogel, und der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Landgerichtsdirektor Hettner. Aus der konstituierenden Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums entfernten sich beide nach der Abgabe ihrer Stimmen, um der gerade auch stattfindenden Soiree beim Staatsminister Graf Bixthum an der Seite der königlichen Familie beizuwohnen. Der König sprach hierbei auch mit Dr. Vogel. Dieser und Herr Hettner wurden während der Soiree telephonisch nach dem Stadtverordneten-Saal zurückberufen, da eine Nachwahl nötig wurde zwischen dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Krüger und dem langjährigen Vorsitzenden des Wahlausschusses Dornauer. Nachdem Herr Präsident Dr. Vogel und Herr Landgerichtsdirektor Hettner ihre Stimme zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten, zu dessen Wahl die nationalliberale Partei offen aufforderte, abgegeben und diesem dadurch zum Siege verholfen hatten, begaben sie sich wieder zur Soiree des Herrn Ministers an die Seite der königlichen Familie zurück. In der Tat interessant: Der sächsische Kammerpräsident Doktor Vogel und der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Landgerichtsdirektor Hettner, verlassen eine in Gegenwart der königlichen Familie stattfindende offizielle Festlichkeit, um im Stadtverordneten-Kollegium durch ihre Stimmabgabe die Wahl eines Sozialdemokraten, an Stelle eines konservativen durchzusetzen! Ist das wirklich noch nationalliberal?

Entschieden nicht! Wir wundern uns überhaupt, daß der Schloßlakai die beiden Patrone nicht sofort bei ihrer Rückkehr beim Krugern gekriegt und die königlich sächsischen Treppen hinuntergeworfen hat. Und daß die „königliche Familie“ sogar nichts gemerkt hat von der inneren Umkehrung, die mit dem Landgerichtsdirektor und dem Landtagspräsidenten vorging, während sie ihre Stimmen dem Sozialdemokraten gaben? Man steht aber, was durch Wahlrechtsreformen für Unheil in die Welt kommt und schon um der preussischen „königlichen Familie“ solche Situationen zu erparieren, ist es nötig, daß man den Sozialdemokraten den Zutritt zu den parlamentarischen Körperchaften überhaupt verweigert. Gott behüte uns vor dem Anfang, denn über das Ende ist man nie sicher.

#### Spanien.

Noch immer die Kriegsgerichte. Am Montag fanden in Barcelona 29 Angeklagte aus dem Aufbruch der Juliwoche vor dem Kriegsgericht; zwölf wurden zum Tode und vier zu lebenslänglichem Gefängnis, die übrigen zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Das Urteil bedarf noch der Bestätigung des Generalkapitäns. Unter der „liberalen“ Regierung also genau so wie unter dem klerikalen Ministerium Maura. Der Klassenstaat will seine Opfer haben, will durch ein Schreckensregiment, all und jede Volksregierung ersticken.

#### England.

Die Wahlen. Bis gestern 4 Uhr nachmittags waren folgende Wahlergebnisse bekannt: 258 Unionisten, 249 Liberale, 40 Abgeordnete der Arbeiterpartei, 74 Nationalisten, darunter 8 Anhänger O'Briens. Die Unionisten gewannen 120, die Liberalen 18 und die Arbeiterpartei einen Sitz.

#### Norwegen.

Der Rücktritt des Ministeriums, der seit längerer Zeit bereits feststand, ist nunmehr erfolgt. Im Staatsrat überreichte der Ministerpräsident das Demissionsgesuch des gesamten Kabinetts. Der König nahm die Demission an und erwiderte die Minister, bis auf weiteres die Geschäfte weiterzuführen. Nach Schluß des Staatsrats empfahl der Ministerpräsident dem König auf dessen Antrage, sich an den Führer der Rechten Brath wegen Neubildung des Kabinetts zu wenden. Das Demissionsgesuch der Regierung wird mit dem Ausfall der letzten Stortingswahlen begründet.

#### Griechenland.

Das Kabinett ist von der Militärliga gestürzt worden. Die Minister haben ihre Demission eingereicht. Die Militärliga hat also wieder einen Erfolg errungen.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 28. Januar.

Achtung, Stuckateur und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stuckateur und Hilfsarbeiter getrennt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Aber die Bauten der Firma Torühl in Rükeln (Zwischenmüer Wädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Vortragskurse für Arbeiter. Der letzte Rühle-Vortrag findet heute, Freitag, den 28. Januar, im Gewerkschaftssaal statt. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Dem Jahres- und Kassenbericht der Verwaltungstelle Lübeck des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1909 entnehmen wir folgendes: Die Hoffnung, der sich die Verwaltung in ihrem Bericht am Schluß des Jahres 1908

Hingegen hatte, daß das Jahr 1909 eine Besserung in bezug auf Arbeit und Verdienst für unsere Kollegen bringen sollte, hat sich leider nicht erfüllt. Die wirtschaftliche Krise ließ keine Besserung zu. Was die Konjunktur in Lübeck anbetrifft, so kann von einer Steigerung derselben nach der Zahl unserer arbeitslosen Kollegen nicht gesprochen werden. Fast in allen größeren Betrieben fanden Arbeiterentlassungen statt oder die Arbeitszeit wurde herabgesetzt. In mehreren Betrieben kam es zu Differenzen wegen der Akkord- oder Lohnreduzierung, die in allen Fällen auf gütlichen Wege geregelt wurden. Die Firma Karl Thiel und Söhne mutete den Arbeitern und Arbeiterinnen zu, sich einen zehnprozentigen Verdienstabzug gefallen zu lassen, widrigenfalls ein Drittel der dort beschäftigten Arbeiter entlassen werden sollte. Dieses Anbot wurde in einer Betriebsversammlung, welche im Waisenhof stattfand, einstimmig abgelehnt. Die Arbeiter wollten lieber entlassen werden, als wie arbeiten und doch keinen annehmbaren Verdienst zu erzielen. Die Folge war, daß 7 Mann entlassen wurden, die eine erhöhte Unterstützung aus der Lokalkasse erhielten. Auf dem Dreier-Streik legten die Arbeiter eine Lohnforderung von 2 Pfg. pro Stunde 10 Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Dieser Streik mußte nach 5 Tagen abgebrochen werden, da sich schon 4 arbeitswillige Frauen im Betriebe wieder eingestellt hatten. Die Bauklemmer beschlossen in ihrer Branchenversammlung, ihren Lohn- und Arbeitsvertrag zu kündigen; derselbe läuft mit dem 31. März 1910 ab. Dagegen nahmen die Bauklemmer, deren Tarif ebenfalls mit dem 31. März 1910 abläuft, von einer Kündigung Abstand. Am Flussklosterstreik waren von uns 7 Kollegen beteiligt, welche insgesamt 102 Wochen Streikunterstützung empfangen. An Mitgliederversammlungen wurden 25 abgehalten; davon waren 3 außerordentliche. In 3 Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Versammlungen waren durchweg schlecht besucht. Für die Streikenden in Schweden wurden 1500 Mk. bewilligt. Außerdem für die Streikenden in Lagerdorf 100 Mk. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Geschäfte in 24 Sitzungen. Außerdem fanden 4 Bezirksfrauen-Vertrauensleute-Versammlungen und 12 Bezirksfrauenmänner-Sitzungen statt. 3 Konferenzen, welche in Hamburg stattfanden, wurden von der Ortsverwaltung besichtigt. Ebenfalls die Generalversammlung, welche vom 31. Mai bis 6. Juni in Hamburg stattfand. Ferner fanden 11 Agitationskuren statt und zwar nach folgenden Orten: Kücking 2, Wölln, Nageborn und Gutin je 2, Schwartau und Schlutup je 1. An Kirchfahrten wurden einschließlich der von den weiblichen Mitgliedern veranstalteten 4 abgehalten. Die Korrespondenz war auch im vergangenen Geschäftsjahre eine recht rege. An Postausgängen sind zu verzeichnen 812, Eingänge 749. Die Mitgliederzahl hat zum ersten Male eine Abnahme zu verzeichnen. Sie betrug am Schlusse des Jahres 1908 2718, 1909 nur 2137; darunter befinden sich 332 weibliche Mitglieder. Die Abnahme unserer Mitgliederzahl ist lediglich auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen. Hunderte von Kollegen waren gezwungen, Lübeck zu verlassen und Neumittelungen waren nur ganz selten zu verzeichnen. Fremde Kollegen wurden auf dem Nachweis in der Einzelstube gar nicht eingeschrieben. Außerdem kommt hinzu, daß viele unserer Kollegen, die am Hafen ihre Beschäftigung hatten, durch die Hafenarbeiter-Verband überzogenen, bei uns auszutreten und zum Hafenarbeiter-Verband überzutreten. Auch der Tod hat im Geschäftsjahre 1909 eine größere Rolle als im dem Jahre vorher in den Kreisen unserer Mitglieder gespielt; es starben 18 männliche und 2 weibliche Mitglieder. Die Mitglieder verteilten sich auf folgende Berufe: Drahtarbeiter 3, Lehrer 14, Elektromonteur 15, Zeilenbauer 9, Feinwer 9, Metallarbeiter 6, Maschinenarbeiter 5, Goldarbeiter 2, Graveure 1, Gärtler 1, Feiger und Maschinenlenker 11, Hochofenarbeiter 24, Kesselschmiede 28, Altmeyer 159, Pelzschneiderei 5, Kupferschmiede 9, Mechaniker 22, Weberschmiede 1, Metallarbeiter 2, Metallarbeiter 2, Madalarbeiter 1, optische Industriearbeiter 1, Schlosser und Maschinenbauer 530, Schmiede 62, Metallarbeiter 29, sonstige Metallarbeiter, wie Bohrer, Fräser, Hobler, Stanzer usw. 634, Metallarbeiterinnen 332, Metallarbeiter die nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten 11. Das Alter unserer Mitglieder beträgt bis 18 Jahre bei 47, von 18-20 Jahren bei 150, von 20-25 Jahren bei 406, von 25-30 Jahren bei 439, von 30-35 Jahren bei 558, von 35-40 Jahren bei 227, von 40-45 Jahren bei 190, von 45-50 Jahren bei 122, von 50-55 Jahren bei 98, von 55-60 Jahren bei 59, von 60-70 Jahren bei 38 und mehr als 70 Jahren bei 5. Der Kassenbericht für das Jahr 1909 ist bedeutend ungünstiger wie im Vorjahre. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen um 18 635,74 Mk. Die Gesamteinnahmen betragen 60 835,70 Mk., die Ausgaben 74 471,44 Mk., darunter für Unterstützungen 62 336,30 Mark. Zur Bestreitung der Ausgaben für die Unterstützungen bedurfte es eines Zuschusses aus der Hauptkasse von 16 000 Mk. An die Hauptkasse wurden 2400 Mk. geleistet. Kassenbestand am Jahresschluß 422,90 Mk. — Die Arbeitslosigkeit war eine ganz enorme, und folgende Zahlen zeigen, wie sich die Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren gesteigert hat. Im Jahre 1907 wurden an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt für 3596 Tage 4589,70 Mk., 1908 für 17 430 Tage 19 368,65 Mk. und 1909 für 28 698 Tage an 1005 Mitgliedern 34 432,15 Mk.; das macht pro Kopf des Empfängers 34,25 Mk. Die Arbeitslosigkeit für das Jahr 1909 mit 4 Mark Lohnausfall pro Tag berechnet, ergibt die Summe von 114 792 Mark. Die Zahl der Arbeitslosen am 22. Januar d. J. betrug 127. An Krankenunterstützung wurden 22 740,90 Mk. ausgezahlt. Reisegeld 2520 Mk. Sterbegeld 745 Mk. für besondere Notfälle 310 Mk. Streikunterstützung 1091,85 Mk. Wagnersung 124,54 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 23 010,27 Mk., eine Ausgabe von 18 843,59 Mk. Das Vermögen beträgt am Jahresschluß 22 855,21 Mk. Kollegen und Kolleginnen, wenn uns das Geschäftsjahr auch nicht so befriedigt hat, wie wir es wohl wünschten und erwarten konnten, so darf das uns nicht abhalten, in diesem Jahre wiederum alle Kräfte aufzubieten, um im Interesse des Verbandes das wieder wert zu machen, was uns im vergangenen Jahre nicht möglich war. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen ihr Bestes dabei tun, so wird es auch nicht schwer fallen, die Organisation noch mehr zu stärken und für ihre Angehörigen nutzbringend und fördernd zu wirken.

**Strassenbenennung.** Durch Senatsbeschluß vom 22. ds. Mts. ist der zwischen der Fiegelestraße und der Trappenstraße hergestellten neuen Verbindungsstraße der Name Wisbystrabe beigelegt.

**Sevölkerungsbewegung im lübeckischen Staat während des Jahres 1909.** Die Zahl der Heiratungen betrug 51 (1908: 40), die der Lebendgeborenen 211 (231) und die der Sterbefälle 168 (151). Der Geburtenüberschuss betief sich demgemäß auf 43 (100). Uneheliche Geburten kamen 24mal vor. Totgeburten wurden 5 mal registriert.

**Sanderegister.** Am 26. Januar 1910 ist eingetragen 1. bei der Firma May & Schröder in Lübeck: Die Niederlassung ist nach Hamburg verlegt. Die Firma ist hier erloschen; 2. bei der Firma R. Krüger in Lübeck: Die Firma ist erloschen. — Am 27. Januar 1910 ist bei der Firma G. Q. Schwarz in Lübeck eingetragen: Die Firma ist erloschen.

**Vorträge über die Entwicklung des deutschen Geschmacks.** Man schreibt uns: „Die Kunst im Dienste des Kaufmanns“ (Vorträge über die Entwicklung des deutschen Geschmacks) wird das Thema der dritten Vortragsreihe sein, die in diesem Winter die Oberlehrerbehörde veranstaltet. Das Zustandekommen jenes wiederum aus vier Vorträgen bestehenden Vortragskurses für Lübeck ist nicht nur deswegen lebhaft zu begrüßen, weil dadurch den breiteren Kreisen Lübecks Gelegenheit gegeben wird, einige von den führenden Kräften der modernen deutschen Geschmacksbewegung kennen zu lernen. Sie hat ihre besondere Bedeutung vor allem darin, daß sie sich als der Anfang einer allmählich namentlich vom deutschen Verbunde ausgehenden über ganz Deutschland sich erstreckenden Organisation darstellt, die dahin zielt, immer breitere Schichten, vor allem auch in gewerblichen Kreisen, darauf hinzuwirken, ein wie wichtiger Faktor für unser gesamtes Wirtschaftsleben die Frage der Geschmacksbildung bereits geworden ist und in immer wachsendem Maße fernerhin werden muß. Gibt es doch kaum ein Gebiet der modernen Fabrikation von Gebrauchsgütern und Nutzungsgegenständen sowie des Handels mit solchen Artikeln, auf welches die modernen kunstgewerblichen Bestrebungen im weitesten Sinne des Wortes nicht bereits mächtig übergreifen hätten. Die Warenlager unserer Wohnungsausstattungs- und Installationsgeschäfte, der Teppich-, Tapeten- und Linoleumbandlungen, der Porzellan- und Steinzeug- sowie Metallwarengeschäfte, der Papier-, Galanterie- und Lederwarenhandlungen, der Modewaren-, Garberwaren- und Leinwandgeschäfte, der Eisenwarenhandlungen usw. zeigen dies aufs deutlichste. Die für den Monat Februar vorgesehenen, durch Lichtbilder und andere Darbietungen in ihrer Wirkung unterstützten vier Vorträge werden inzwischen erfolglos Bekanntmachungen der Oberlehrerbehörde gemäß behandelt:

1. Die Notwendigkeit und wirtschaftliche Bedeutung einer Geschmacksbildung.
2. Die Wohnung und ihre Ausstattung.
3. Mode und Geschmack.
4. Schaufensterdekoration.

Alle Vorträge sind gewonnen der bekannte Direktor am Kunstgewerbemuseum in Berlin, Herr Peter Jessen, der Direktor der Hamburger Kunstgewerbeschule, Herr Professor Meyer, Herr Professor Dr. Schmidt-Rackow, sowie Herr Architekt August Endell-Perlin. Der Preis für alle vier Vorträge ist wie bisher auf nur 1 Mk. festgesetzt.

„Die ersten Menschen“, das erste Stück Mitternachts Dr. Königstübers, welches heute Freitag 8 Uhr im Stadttheater zur Aufführung gelangt, findet überaus, wo es aufgeführt wurde, das größte Interesse. Nicht nur beim Publikum, sondern auch bei der Zensur. In Bayern wurde das Stück verboten. Gegen dieses Verbot wandten sich die führenden Männer der literarischen Welt. Der Goethebund führte in seinem Protest aus: „Das Mitternachts Bismarckstück ist ein von künstlerischen Abkömmlingen getragenes Werk. Die Freiheit des künstlerischen Schaffens und das Recht des Publikums, eine für die Aufführung bestimmte ernsthafte Entscheidung durch eigene Anschauung kennen zu lernen, um selbst darüber zu urteilen, darf durch unzulässige und unbegründete behördliche Eingriffe nicht verunmündet werden.“ — Wir wollen den Besuch der heutigen, einmaligen Aufführung der „ersten Menschen“ nochmals angelegentlich empfehlen.

Der Verein für Schulgesundheitspflege ersuchte in seiner letzten Hauptversammlung den Vorstand, bei der Oberlehrerbehörde für die Einführung der ungeteiltten Schulkette an den Volksschulen einzutreten, weil das im gesundheitlichen Interesse sowohl der Lehrer wie der Schüler liege. Ferner wurde das übertriebene Wettspielen verurteilt; für derartige Wettspiele müsse die ärztliche Untersuchung vor und nach dem Spiel gefordert werden. Dr. med. Bauri hielt einen Vortrag über Lebererkrankheiten, die hauptsächlich in nervöser Überreizung und Erkrankungen der Atmungsorgane bestanden, wies aber nach, daß die Lehrerinnen weit häufiger und länger erkranken. In Dresden kommen auf 100 Erkrankungsfälle von Lehrern 232 von Lehrerinnen und auf 100 Erkrankungs-tage des männlichen Lehrpersonals entfallen 275 des weiblichen. Für Lübeck existiert eine solche Statistik nicht.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Sonnabend geht das mit glänzendem Erfolge an den meisten deutschen Bühnen zur Aufführung gelangte wirkungsvolle Schauspiel „Der Andere“ von Paul Lindau zum ersten Male in Szene. In den Hauptrollen sind die Herren Laube, Holstein, Fuchs, Bruno, Stahl-Nachbar, Albert, sowie die Damen Wetke, Wilger, Walter und Vogt beschäftigt. Die Inszenierung des Werkes leitet Herr Brunow. — Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangen bei Nachmittagspreisen als Doppelvorstellung die beiden Lustspiele „Im weißen Rößl“ und hierauf „Als ich wieder kam“ von Blumenthal und Kadelburg zur Aufführung. — Abends 7 1/2 Uhr kommt die Oper „Carmen“ von G. Bizet zur Wiederholung.

**Sania-Theater.** Man schreibt uns: Wir machen darauf aufmerksam, daß nur noch drei Vorstellungen „Gastspiel des Elberfelder Thalia-Theaters“ stattfinden. Heute ist die letzte Aufführung des tollen Schwanks „Ein Mandorlind“, Sonnabend: Premiere der drahtlichen Einakter „Der Deferteur“ und Cousin Pampoulette“, in welchen nur die ersten Kräfte des Ensembles beschäftigt sind. Am die Vorstellung recht abwechslungsreich zu gestalten, hat die Direktion noch einen bunten Teil eingelegt. In diesem wird der bekannte Comique Herr Fritz Steidl seine neuesten Vorträge zum besten geben. Frä. Ann Tharau, Frä. Heß und der Tenorist Herr Petri werden die modernsten Lieder zum Vortrag bringen.

**Hamburg.** Seltsames Gerichtsverfahren. Das Schöffengericht verurteilte am Mittwoch die Genossen Köpfe und Stengel vom „Hamburger Echo“ zu je 500 Mk. Geldstrafe wegen angeblicher Beleidigung eines „Hamburger Nachrichten“-Redakteurs namens Hübbe. Die Verurteilung erfolgte, obwohl gar nicht festgestellt worden war, daß Genosse Stengel das infrakturierte Gedicht verfaßt hatte. Verantwortlich zeichnete die betreffende Nummer Genosse Köpfe. Wir kommen auf den Prozeß noch zurück.

**Hamburg.** Ein Rabenvater. Der in der Eiderstraße wohnende Arbeiter Obert wurde in Untersuchungshaft genommen, weil er seine 5jährige Stieftochter in grauenhafter Weise mißhandelt hat. Als Polizeibeamte und ein Arzt das Kind untersuchten, war der ganze Körper mit blutunterlaufenen Flecken und Eriemen bedeckt. Nach Aussage der Nachbarin hat der Unmensche das Kind nicht nur mit einer Peitsche, einem Lederriemen und einem Besen, sondern auch mit der Kohlenkugel geschlagen. Das mißhandelte Kind wurde einweilen anderweitig untergebracht.

**Kiel.** Über das Liebesdrama an der Walsbemarstraße lauten die gestern vorliegenden Nachrichten ganz anders als die ersten Meldungen. Während es zunächst offenbar auf Grund von Aussagen des Rutschers Stein, hieß, daß die beiden jungen Leute beschlossen hätten, gemeinsam in den Tod zu gehen, erklärt das Mädchen jetzt, davon könne gar keine Rede sein. Der Rutscher Stein habe sie fortge-

setzt mit Liebesanträgen verfolgt, früher schon gedroht, sich erschließen zu wollen und habe sie dann, nachdem er entlassen worden, auf der Straße überfallen, auf sie geschossen und dann die Waffe gegen sich gerichtet. Abschiedsbriefe habe sie nicht geschrieben. Da das Mädchen im An-scharhause bereits den Besuch ihrer Angehörigen empfangen hat, so dürfte sie voraussichtlich bald vernunftfähig sein. — Daß die Sache sich genau so verhält, wie das Mädchen behauptet, wird wieder von anderer Seite bestritten.

**Bordesholm.** Grundsteuer nach dem gemeinen Wert. Die hiesige Gemeindevertretung beschloß, zum 1. April eine Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen; diese wird voraussichtlich 3 pro Mille betragen. Man hofft, dadurch die Zuschläge zur Einkommensteuer um 30 bis 50 Proz. ermäßigen zu können.

**Bremen.** Ein Mordversuch wurde Mittwoch in der Ullremerstraße gemacht. Der Postbote Niebeck schoß aus verkehrter Liebe auf das Dienstmädchen Catharine Bergmann, das in dem Manufakturwaren- und Herren-garderobengeschäft von W. Wille bedienstet ist. R. hatte dem Mädchen, mit dem er längere Zeit bekannt war, gestern vormittag in dem Wilschens Laden noch einmal die Frage vorgelegt, ob sie jeden weiteren Verkehr mit ihm ablehne. Als das Mädchen diese Frage bejahte, zog er einen Revolver und schoß. Glücklicherweise ging das Geschöß fehl. Der Täter wurde nach dem Polizeihause gebracht und, da er dort von Krämpfen befallen wurde, nach der Krankenanstalt geschafft.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Carmen“, Oper in 4 Akten von Bizet. Als „Carmen“ im Jahre 1875 erstmalig in Paris zur Aufführung gelangte, wurde ihr vom Publikum nur ein sehr kühler Empfang bereitet. Man fand keinen Geschmack an der Oper, deren lebensprägende Musik heute jeden Hörer entzückt, deren eminent dramatischer Wirkung sich niemand entziehen kann. Gegenwärtig ist „Carmen“ wohl die beliebteste Repertoireoper der deutschen Bühnen. Auch gestern war bei „Carmen“ unser Neues Stadttheater in allen Rängen dicht besetzt. Ein seltenes Ereignis! Die Wiedergabe des Wertes ließ, obwohl sie manche recht gute Leistungen zeitigte, verschiedene Wünsche unerfüllt. Die Carmen gab Frau Schardt. Sicherlich war die geschickte Künstlerin mit Eifer und Verstandnis um ihre dankbare Aufgabe bemüht; aber das ziellose Temperament des leidenschaftlichen Zigeunermädchens, das heiße Blut, sind ihr nicht zu eigen. Dazu kommt, daß der Stimmumfang die nötige Fülle und Ausdruckskraft fehlt, deren eine wirkliche „Carmen“ unbedingt bedarf. Ganz vorzüglich war der José des Herrn Gobel. Die Darstellung war bis ins kleinste Detail durchdacht und von ihnen herausgebracht. Sie mußte von Akt zu Akt und erreichte ihren Höhepunkt in der letzten großen Szene, die mit dem Tode Carmens endet. Warm und befeuert klang auch der Gesang. Frau Bartisch sang die Micaela mit innigem Ausdruck. Einen kraftvollen Zorador gab Herr Langefeld, während Herr Döttges mit dem Leutnant Zuniga nichts Rechtes anzufangen mußte. Das Schmuggler-Quartett war durch die Damen Weber und Martel sowie die Herren Schenk und Haas in beider Weise vertreten. Anerkennung verdient noch Herr Böwner, der den Morak's sang. Die Chöre gingen durchweg gut, doch hatten sie wiederholt Differenzen mit dem Orchester, das von Herrn Kapellmeister Abendroth dirigiert wurde. Ein besonderes Lob verdient die Regie für die hübsche szenische Ausgestaltung der Oper, die von dem hier früher üblichen in vieler Beziehung vorteilhaft abwich. Namentlich die Schänke des Villas Baita, sowie die romantische Schlucht waren eigenartig und wirkungsvoll. Ferner hatte Herr Schlaub, der die Regie führte, es verstanden, die Volksszenen sowie die Schmugglerkarawane zu beleben und dieselben dadurch interessant zu gestalten. Über die feistliche Kostümierung verschiedener Spanier könnte allerdings noch mancherlei gesagt werden. Vielleicht ein anderes Mal. Das Publikum freute sich an dem Gebotenen und drückte seinen Dank dafür durch lebhaften Beifall aus.

P. L.

## Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das preussische Beamtenentum. — Die Bauernbewegung in Rumänien. Von Christian Rakowski. — Eine Geschäftsordnungsreform und ihre Bedeutung. Von Friedrich Austerlitz (Wien). — Die Konsumgenossenschaftsbewegung. Von Wilhelm Häußgen. — Der Untergang der Kleinbetriebe. Von Fritz Thienitz (Bremenhaven). — Literarische Rundschau: F. Keir Hardie, Judia, Impressions und Suggestions. Von Karl Kadet. — Notizen: Die Arbeitsverhältnisse in den italienischen Bergwerken und Steinbrüchen. Von Odo Oberg. — Zeitschriftenchau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 h) die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 2. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Leo Krona: Die Lehren der preussischen Landtagswahlen 1908 für die Sozialdemokratie. — Karl Leuthner: Das Königtum und die Wahlreform. — Etienne Duillon: Arbeitslosigkeit, Gewerkschaftswesen und Freihandel. — Eduard Bernheim: Kulturerlebenslehre. — Otto Lang: Das Problem der Strafzumessung. — Henriette Ricmann: Die Frau im Epiegel. — Politik von Dr. M. Laurenbrecher. — Sozialpolitik von R. Schmidt. — Kommunalpolitik von Dr. G. Lindemann. — Geistige Bewegung von Dr. W. Paulsenstein. — Geschichte von P. Kampffmeyer. — Musik von Dr. J. Leichtenritt. — Landwirtschaft von Dr. A. Schulz.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal 3 Mk. (6-7 Hefte). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, in den Kiosken, bei allen Kolporteurs, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamer Str. 121 h, Berlin W. 35 (Zuwendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# 95 -Pfennig- Verkauf Pfennig 95

## Tausende Artikel

neu ergänzt, werden weiter zu horrend billigen Preisen zum Verkauf gestellt! □ □ □ □ □ □ □

### Grosse Sortimente Kleiderstoffe 95

jeder Art . . . . . Meter


- 1 gestickte halbfertige Bluse . 95
- 1 Kinderkleid, gemust. Barchent 95
- 1 Russenkittel mit bunter Borde 95
- 1 Knab.-Leibchenhose, Gr. 1-6 . 95
- 1 Herren-Barchenthemd . . . . 95
- 1 blaue Arbeitsjacke od. Hose . 95
- 1 gestreifter Arbeitskittel . . . 95
- 2 blaue Männer-Schürzen . . . . 95
- 1 Kimono-Kinderschürze . . . . 95
- 2 Knabenschürz. m. bunter Borde 95
- 1 Halbreform- od. Miederschürz. 95
- 1 Tändelschürze m. Stickereiträg. 95
- 1 farb. Tändelschürze mit Träg. 95
- 1 Mohair-Theaterschal . . . . . 95
- 1 Taillenplaid . . . . . 95
- 1 reinseid. Herren-Taschentuch 95
- 2 reichgestickte seid. Damentüch. 95
- 3 Batist-Buchstabentücher . . . . 95
- 1/2 Dtz. Seidenbat.-Taschentüch. 95
- 2 Madeirafasson-Taschentücher 95
- 3 Meter Elsässer Hemdentuch . 95
- 1 Meter Bettdamast oder Satin . 95
- 3 m Bettkretone m. Blumen o. Rank. 95
- 1 Tafeltuch . . . . . 95
- 1 farb. Tischdecke mit Fransen 95
- 1 Kissenbezug m. Spitze o. Stick.-Eins. 95
- 2 Jacquard-Paradehandtücher . 95
- 1 Wandschoner, vorgezeichnet . 95
- 1 Brot- u. 1 Semmelbeutel, vorgez. 95
- 1 Waschtischgarnitur, vorgez. . 95
- 1 Tischläufer od. Decke, vorgez. 95
- 1 Tülltischläufer . . . . . 95
- 1 Taschentuchbehält., fert. gest. 95
- 1 Wandschoner, Aidastoff, gest. 95
- 1 vorgezeichn. Kissen m. Volant 95
- 2 Bettvorlagen . . . . . 95
- 3 Wachstumdecken 60/90 cm . 95
- 1 Wachstumstischdecke 85/115cm 95
- 1 Rückenkissen . . . . . 95
- 3 m Tüllgardinen . . . . . 95

### Grosse Sortimente Blusenstoffe 95

mannigfacher Art . . . . . Meter

- 1 Damenhemd mit Stickerei . . 95
- 1 Damenbeinkleid Kriefasson . 95
- 1 Herrenhemd . . . . . 95
- 1 elegante Stickerei-Untertaille . 95
- 1 Spiralfeder-Korsett . . . . . 95
- 1 Miederkorsett, echt Walfischb. 95
- 1 m reinseid. Chinebd, ca. 14cmbr. 95
- 3 m reinseid. Taffetbd., ca. 11cmbr. 95
- 2 m la. schw. Taffetbd., ca. 11cm br. 95
- 1 P. Ledertuchpantofel f. Dam. 95
- 1 Paar Plüschpantoffel mit Ledersohle, für Herren . . . 95
- 1 P. Kinderhaussch., Gr. 22-30 95
- 1 Kindertrikot . . . . . 95
- 3 P. Damenstrümpfe, Wolle platt. 95
- 3 Paar gestrickte Herrensocken 95
- 1 Paar reinwoll. Damenstrümpfe englisch lang, schwarz u. farbig . 95
- 2 Paar Ballstrümpfe . . . . . 95
- 1 P. eleg. durchbr. Ballstrümpfe 95
- 2 Paar eleg. Damen-Handschuhe Trikot mit Angorafutter . . . . . 95
- 3 Damenselbstbind. oder Schleif. 95
- 1 Kupon 4 1/2 m Madapol.-Sticker. 95
- 4.10 m Batiststickerei . . Kupon 95
- 3.50 m im Klöppelspitze ca. 10 cm br. 95
- 1 m Kongi essst., weiß, crème u. bunt 95
- 1 Schlafdecke . . . . . 95
- 3 Herrenkragen, garant. 4fach . 95
- 2 P. Manschetten, garant. 4fach 95
- 2 Serviteurs mit Fältchen . . . . 95
- 1 farbige Garnitur Serviteur und Manschetten . . . 95
- 1 Autoschal . . . . . 95
- 1 breiter Rippselbstbinder . . . . 95
- 2 eleg. Krawatten Diplom.- oder Regattiform . . . . 95
- 2 Velvet-Jockeimützen f. Knaben 95
- 1 Prinz-Heinrich-Mütze f. Knab. 95
- 1 Herren-Jachtklubmütze . . . . . 95
- 1 Herren-Hut, weiche Form . . . . 95

## Ein lebender Zwergpapagei, Reisfink od. chines. Nachtigall im Bauer 95



**1 Tafelanzsatz**  
mit  
3 Schalen u. Vase  
in Kohinor-Präg.

**95**

- 1 Tischläuf. u. 100Papierserviett. 95
- 4 Romane moderner Autoren . 95
- 1 Postmappe mit Inhalt . . . . . 95
- 1 Gewürzschrank m. 6 Tönnch. 95
- 1 Handtuchhalter mit Schildern 95
- 1 Gewürzschrank, Buche . . . . . 95
- 1 Werkzeugkasten mit Inhalt . 95
- 1 Waschruffel m. starker Einlage 60Zeugklamm. u. 1Wäscheleine 95
- 2 Füllöff. u. 1Schaumkelle la. Email. 95

- 1 eleg. Damenhandtasche Flügel- oder Trapezform mit od. ohne Einricht. 95
- 1 eleg. Herr.- od. Dam.-Portemonn. 95
- 1 Reisehandtasche für Damen . 95
- 1 Briefftasche u. 1 Zigarren-Etui 95
- 1 Rucksack, Jägerleinen . . . . . 95
- 1 Haarschmuck-Garnitur, 6teilig 95
- 1 Karton: 1 weisse Haarbürste u. 1 weisser Toilettenspiegel . . . 95
- 1 Rasiérgarn., Mess., Pins. u. Napf 95
- 1 Siche. heitsrasiermesser . . . . 95
- 1 Küchenmesser-Garnitur, 5teil. 95


**Tonnengarnitur „Flora“**  
sämtliche Teile zu einander passend

- 6 Gewürztönnchen . . . . . 95
- 3 Gemüsetonnen . . . . . 95
- 1 Mehl- oder Salzfass . . . . . 95
- 1 Oel- und Essigflasche . . . . . 95
- 6 Milchtöpfe im Satz . . . . . 95

- 6 Soling. Dessertmess. i. Karton 95
- 3 Paar Soling. Essbestecke i. Kart. 95
- 1 Beleggabel, 1 Butter- u. 1 Käse- messer im Karton . . . . . 95
- 1 Eierservice, Britannia vernick. 95
- 1 Saftkanne, echt versilbert . . 95
- 2 Konfektkörbe, echt versilbert . 95
- 1 Likörservice, 5teilig . . . . . 95
- 1 Bierservice, 7teilig . . . . . 95
- 6 Römer . . . . . 95
- 12 Bierbecher mit Goldrand . . . 95
- 1 Satz (5 Stück) Kuchenteller . 95
- 1 Satz (4 Stück) Glasschal., brill. 95



**Spirituskocher**  
mit Kessel und  
Astbesteller **95**  
zusammen



**1 Nachtlampe**  
Bassin u. Fuß, Messing

**95**

- Garnit.:  
Zucker  
Tee  
Kaffee
- 95**
- 1 Mehl- u. Salzfass Zwiebelmuster 95
  - 1 Sauciere m. Teil., Goldr., Feston 95
  - 1 grosse Kaffekanne m. Goldrand 95
  - 5 P. gr. Tassen m. Goldr. od. Dek. 95
  - 1 Zuckerschale u. 1Milcht. m. Goldr. 95
  - 1 Satz (6 Stück) Kompottieren . 95
  - 1 Emaille-Wasscreimer, 28 cm und 1 Schöpflöffel . . . . . 95

**Grosser Lebensmittel-Verkauf.**

Freitag und Sonnabend  
**\*\* gratis \*\***  
beim Einkauf für 3 Mark  
**4 Paket** „Delikato-“  
Puddingpulver.

- Vollfetter Edamer . . Pfd. 95
- Feinst. Schweiz. Käse Pfd. 95
- Tilsiter Vollfett . . . . Pfd. 68
- Holländer Rahmkäse 1.10 u. 95
- Gorgonzola . . . . . Pfd. 1.20
- Echtfranz Camemb. Schacht. 26
- Tafel-Romatour . . . Stück 24
- Camembert Marke B. B. . 25
- Echt Weisslack, Alpenw. Pfd. 58
- Schweineschmalz, gar. r. Pfd. 85
- Palmitin . . . . . Pfd. 60
- Bismarckhering, 2 Ltr.-Dose 1.40
- Bratheringe . . . . . Dose 65
- Sardinen in Öl . . . . 48 u. 38
- Anchovis . . . . . Glas 28

**Margarine** -Mohr prima . . Pfund 65  
-Mohr extra . . . . Pfund 74  
-„Backa“ . . . . . Pfund 58

- FrISCHE Leberwurst . . . . 2 Pfund 95
- FrISCHE Blutwurst . . . . . 2 Pfund 95
- FrISCHE Sülze . . . . . 2 Pfund 95
- Feine geräuch. Mettwurst 1 Pfund 95
- Tilsiter Käse pikant . . . . . 2 Pfund 95

**ZUCKER** gemahlen . . . . Pfund 25  
Kristall . . . . . Pfund 25  
Würfel . . . . . Pfund 27

- Rangoun-Reis . . . . . Pfd. 18
- Japan-Tafel-Reis . . . Pfd. 24
- Bruchreis . . . . . Pfd. 14
- Griess, fein u. mittel Pfd. 23
- Sago, weisser . . . . . Pfd. 22
- Hafertlocken . . . . . Pfd. 23
- Gerst.-Graupen Pfd. 15 u. 13
- Kartoffel-Graupen . . Pfd. 24
- Linsen . . . . . Pfd. 18
- Weisse Bohnen . . . . Pfd. 20
- Splitt-Erbsen . . . . . Pfd. 22
- Geschälte Erbsen . . . Pfd. 24
- Viktoria-Erbsen . . . . Pfd. 18
- Grüne Erbsen . . . . . Pfd. 18

# Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck

Holstenstr.

## Die Wahlrechtsdemonstration der Braunschweiger Arbeiterschaft

ist blutig verlaufen. Der Polizeiabel hat rücksichtslos gehandelt. Die Demonstration fand vor dem Ministerium statt, in dem Minister und Landtagsabgeordnete versammelt waren. Blühlich ertönte vor dem Hause zuerst ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht und dann die Marschmarche.

Die Polizei ging sofort nach einem von ihr abgefeuerten Signalschuß rücksichtslos vor. Viele Menschen, die sich vor den Polizeiabeln retten wollten, stürzten zu Boden, und auf sie hieb die Polizei ein. Dabei wurde einer Frau das Jackett am Arm durchhauen und der Arm schwer verletzt. Ein Buchdrucker erlitt einen Säbelhieb über den Arm. Ein schwächeres Mädchen wurde von einem Polizisten in den Rücken getreten und geschlagen. Ein junger Schmiedebursche von knabenhaftem Aussehen erhielt von einem Polizisten einen Stoß, daß er niederstürzte und den Arm brach. (Irrtümlich wurde gemeldet, daß dem Knaben der Arm abgeschlagen worden sei.) Zahlreiche Personen erlitten Säbelhiebe über den Kopf. Die in die Häuser geflüchteten Demonstranten wurden aus den Hausfluren herausgehauen. Die Arbeiter, die eben aus den Fabriken kamen, waren selbstverständlich unbewaffnet und wehrlos, und haben auch sonst in keiner Weise Veranlassung zu einem derartigen Vorgehen der Schutzleute gegeben. Das Schlachtfeld war mit Hüten und Mützen besät. Dieser erste Zusammenstoß mit der Polizei fand sechs Uhr abends statt.

Der Arbeiter bemächtigte sich selbstverständlich eine große Erregung, und in großen Zügen durchzogen sie singend und demonstrierend die Stadt. Am Hoftheater kam es um 7 Uhr zu einer zweiten Polizeiattacke, bei der der Säbel wieder blutige Arbeit verrichtete. Hier wurde ein älterer invalider Arbeiter derart durch einen Säbelhieb über den Kopf verletzt, daß er mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Auf die Menschen wurde wahllos eingehauen, und die Polizisten verlangten, daß sie schnell laufen sollten, obwohl das eine Unmöglichkeit war. Die Polizei hatte zweifellos von oben her strenge Anweisung erhalten, die Waffe schonungslos arbeiten zu lassen.

Um 8 Uhr erfolgte auf dem Hagenmarkt, wieder in der Nähe des Ministeriums, ein dritter Zusammenstoß mit der Polizei. Zu Kaisers Geburtstag wird hier alljährlich ein großer Zapfenstreik abgehalten. Die Zapfenstreikbesucher, vermengt mit Arbeitern, bekamen hier den Polizeiabeln zu kosten, wobei es einem besonders ziel- und wahllos um sich hauernden Oberwachmeister der Polizei schicklich erging. Ein von ihm mit dem Säbel geschlagener Arbeiter warf den Polizisten in der Notwehr zur Erde, und dann wurde der Säbelschwinger durch Fußtritte verletzt. — Hier schlug ferner ein baumlangler Polizist einen schon am Boden liegenden Arbeiter derart mit dem Säbel über den Kopf, daß der Armse schwer verletzt vom Plage gebracht werden mußte. Ein anderer Polizist riß einer Frau den Umhang der Länge nach über der Brust entzwei.

Kurz nach 9 Uhr ging die Polizei am Ende des Wohlweges wiederum mit der blanken Waffe vor. Ein 63-jähriges Mütterchen, eine Witwe, die sich mit Schneidern ihr tägliches Brot verdient, kam von ihrer Arbeitsstätte und geriet in die Menschenmenge. Ein Säbelhieb in die Backe, der einen Stich gleicht, verletzte die erschrockene Frau, die auf der Wache verbunden werden mußte.

Kurz nach 10 Uhr abends zog ein Trupp Menschen,

die vom Zapfenstreik kamen, die Hamburger Straße entlang; sie wurden von der Polizei mit dem Säbel angegriffen und zurückgetrieben. Ein älterer Arbeiter, der mit dem Trupp gar nichts zu tun hatte, erhielt einen scharfen Säbelhieb über den Kopf, eine Frau einen solchen über die Hand. Der Arbeiter wurde mit dem Sanitätswagen fortgeschafft. — Die drei Protestversammlungen der Arbeiter, in denen Referate über das allgemeine Wahlrecht gehalten wurden, waren sämtlich überfüllt. Es wurde eine scharfe Resolution gegen das plutokratische Klassenwahlrecht und gegen die hinter verschlossenen Türen erfolgte Ungültigkeitserklärung der Wahl des einzigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. J a s p e r angenommen.

Donnerstag mittag sollte wie alljährlich zu Wilhelm II. Geburtstag eine große Parade abgehalten werden. Sie ist — wohl infolge der Wahlrechtsdemonstrationen und aus Furcht vor diesen — abgefallen worden. Dafür war die Schloßwache mit scharfen Patronen versehen.

## Aus der Partei.

**Organisierte Beschneidung der freien Jugendbewegung.** Vor kurzem veröffentlichten wir einen Fragebogen der Handwerkskammer zu Ludwigshafen, durch den die hiesigen Handwerksmeister um Auskunft über Einzelheiten der proletarischen Jugendbewegung ersucht wurden. Derartige „Erhebungen“ werden natürlich nicht der lieben Wissenschaft halber veranstaltet, sondern sollen Material zu Denunziationen abgeben. Die Beschneidung der Jugendbewegung scheint nun über das ganze Reich organisiert zu sein. Die Berliner Handwerkskammer verfaßte ebenfalls ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Eine der wichtigsten Fragen für das deutsche Handwerk ist die von der sozialdemokratischen Partei angeführte und mit allen Mitteln betriebene Jugendbewegung. Sie darf unter keinen Umständen außer Hand gelassen oder unterschätzt werden. . . . Bei der außerordentlichen Bedeutung und Tragweite, welche diese Vereinigungen für die Zukunft des Handwerks haben, erachten wir es als unsere Pflicht, nichts zu versäumen, was geeignet ist, unsere Lehrlinge vor dieser großen Gefahr zu bewahren und zu schützen und alle erlaubten Mittel anzuwenden zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendverführung.“ — Du, hu!

**Entgegenkommende Richter.** Wegen Verleumdung eines Schuhmannes ist am Dienstag der Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Paul Fröhlich, vom Altenburger Landgericht zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Eine Zeugin bestätigte die in einer Notiz aufgestellte Behauptung, daß ihr der Schuhmann unästhetische Anträge gestellt habe. Man glaubte ihr nicht, obwohl der Schuhmann selbst die Aussagen in ganz unsicherer Weise bestritt und sogar eine ähnliche Äußerung „scherzweise“ getan zu haben. Der Staatsanwalt sah ein, daß die Sache ausfindiglos war, er beantragte nur 50 Mk. Geldstrafe. Das Gericht ging über den Antrag hinaus, und der Richter verließ sich dabei auf die Absicht der Reichsregierung, die Strafen für Verleumdung zu verschärfen!

## Gewerkschaftsbewegung.

**Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.** Die Lohnbewegungen der Dresdener Töpfer ist immer noch nicht erledigt. Wohl sind die Unternehmer bereit, den Töpfern Lohnaufbesserungen zu bewilligen, jedoch weigern sie sich, mit den im Töpferverbande organisierten Töpfer-Hilfsarbeitern ein Tarifverhältnis einzugehen. Da aber die Töpfer daran festhalten, daß auch ihre Hilfsarbeiter in das Tarifverhältnis einbezogen werden, finden noch weitere Verhandlungen statt. — Die Lohnbewegung in M ü g e l u. S. ist erledigt. Die Gehilfen hatten hier den Tarif gekündigt, um vor allem die durch den modernen Stil in den Vorder-

grund gebräugte glatte Nachware in der Bezahlung aufzuheben. Dies ist nunmehr gelungen; auch die gewünschte Lohnerböschung auf Verzerrungen wurde bewilligt. Von den 71 in der Bewegung gestandenen Gehilfen sind nur einer unorganisiert. Dieser Erfolg zeigt, daß eine geschlossene Organisation auch ein Entgegenkommen der Unternehmer verbürgt. — Die zirka 450 Töpfer in M e l e n stehen immer noch in der Lohnbewegung. Dem eingeleiteten Minimaltarif der Gehilfen haben die organisierten Unternehmer der Ofenfabriken einen Normaltarif entgegengesetzt, der so unvollkommen ist, daß eine vollzählig besetzte Gehilfenversammlung diesen Tarif einstimmig ablehnte. Weitere Verhandlungen sind von den Arbeitern beantragt worden. Der bisher geltende Lohnstarif läuft am 15. Februar ab. In M r n s w a l d e haben die Töpfer auf dem Verhandlungswege ihren Tarif verbessert. — Der seit dem 1. Januar d. J. in P r i t s c h b e r g i. Schl. ausgebrochene Töpferstreik währt un verändert weiter. Die Situation liegt für die Arbeiter günstig. Streikbrecher sind so gut wie keine vorhanden.

**„Kohale Handhabung“ des liberalen Verbandes.** Im Oktober vorigen Jahres fand in O b e r s i g k o (Bosen) eine Mauererversammlung statt, in der Genosse Bömelburg über die Verschmelzung der Verbände der Mauerer und Bauhilfsarbeiter, sowie über die Tarifbewegung der betreffenden Organisationen sprach. Nachträglich ist die Polizei in Obersigko dahinter gekommen, daß die Versammlung stattgefunden hat und daß diese auch hätte angemeldet werden müssen. Der Vorsitzende der Zahlstelle Grünberg-Obersigko ist infolgedessen einem hochnotwendigem Verhör vor der Polizei in Obersigko und auch vor dem Untersuchungsrichter in S a m t e r unterzogen worden. Anlage ist bisher noch nicht erhoben. Eine Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt sei, ist dem Mitarbeiter bisher aber auch noch nicht zugeflossen. Es wird wohl in dem Falle etwas schwierig sein, eine Versammlung, die sich mit Tariffragen und Verschmelzungsfragen beschäftigte, für politisch zu erklären. Aber bei der juristischen Findigkeit der Behörden im Osten ist die Hoffnung auf eine solche Judizierung noch immer nicht ganz aufzugeben.

**Knappschaftswahlen im Ruhrgebiet.** Am 25. Januar fanden im Ruhrgebiet in 7 Sprengeln Altstammwahlen statt, die folgendes Resultat zeigten:

Es erhielten Stimmen:

Sprengel	d. Verband.	d. Christl.	Polen	Zeichenpartei
Dahlhausen	269	167	24	—
Innen	240	—	—	125
Alteneffen	254	115	—	—
Alteneffen	248	141	23	—
Kellinghausen	207	196	—	—
Böschunghausen	149	140	—	—

Es fehlt nur das Resultat von Lünen, doch ist sicher anzunehmen, daß auch dort der Verband siegt hat. Demnach hätte der Verband sämtliche 7 Sprengel erobert. Es hat sich also auch bei dieser Wahl wie bei den früheren die siegende Kraft des Verbandes gezeigt.

**Die Situation im Ruhrgebiet.** Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erklärt in der neuesten Nummer des Verbandsorgans einen flammenden Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Allem die Krone setzt auf der Zwangsarbeitsnachweis, der den Zweck hat, die Arbeiter für immer in der Frage der Arbeitsvermittlung auszuschalten. Während die Bergarbeiter vieler der übrigen bergbaureisenden Länder längst schon ein gemichtig Wort in den Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitreden können, während auch in Deutschland Hunderte und aber Hunderte Tarife zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer der übrigen Berufe abgeschlossen werden, sollen die Bergarbeiter durch drakonische Gewaltmaßregeln und schließlich auch durch den Zwangsarbeitsnachweis zu Indultirklaven herabgedrückt werden. Wir dürfen die fortgesetzten Brutalitäten der Herrenmenschen so nicht lange mehr hinnehmen. Mit den Waffen der Solidarität und des festen Willens wollen wir dem Herrenmenschenentum entgegentreten. Wir wollen uns nicht mehr länger wie Arbeitstiere behandeln lassen. Und

ist Kopfbeamten, der Unschärfeprücker und der Gesichtsbekräftiger ein lebenskräftiges Volk zu leisten imstande ist. Und wenn dann unsere Nachbarn desselben Glückes teilhaftig werden, wenn die internationale Idee der Völkergemeinschaft verwirklicht ist, dann werden wir die Ziele erkennen, welche der Menschheit überhaupt auf Erden bestimmt sind. Wir werden es alle nicht erleben, aber arbeiten und kämpfen müssen wir dafür, denn der hat nicht gelebt, der nicht sein Scherflein dazu beigetragen hat.“

Tiefe Stille trat nach diesen Auseinandersetzungen ein. Lange selbst setzte sich ziemlich erregt von seinen eigenen Zukunftsbildern nieder und empfing einen warmen Gänsebrudersdruck der Geliebten. In diesem Augenblicke kam ein Pote Schweinitztriefend an und meldete, daß der König soeben mit großem Gefolge zum Feste nach Bleichungen gekommen sei und nach den Abwesenden gefragt habe.

„Auf, Brüder“, rief Lange, wir haben zu lange schon unsere Sonderinteressen im Auge gehabt; der König hat es verdient, daß wir ihn begrüßen und beglückwünschen. Bevor wir aber gehen, ein Glas auf die von unserem sterbenden Freunde Jindischen empfohlene Brüderschaft, das deutsche „Du“ an Stelle des abgeschmackten, ungrammatischen, aus der verstorbenen Feudalzeit stammenden „Sie“ feierlich einzuführen. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Hurra!“

„Hurra!“ tönte es von den Bergen wieder, und die kleine Gesellschaft verließ das liebliche Tal, das keiner der Scheidenden im Leben wieder vergessen wird.

Wer beschreibe das Leben, welches auf der weiten Ebene bei der Rückkehr der engeren Freunde herrschte. Spiele und Scherze, Gesänge und Tänze, feuriger Wettstreit im Laufen und Springen, im Klettern und Ringen, dazu fröhliches Mäandern und Scherzen in den Gruppen, die sich teilweise im Walde gelagert. Dazwischen die bald hier, bald da vernehmbaren Vorträge der Musikkorps, und nebenbei das Plätern der Fahnen, komische Aufzüge und die unerschöpfliche Fülle der Gärten, welche Gumbertus in unzähligen Fächern und Zonen zu spenden genötigt war. Guter Jubel begrüßte die Freunde, wo immer sie durcheinanden, und von seinen der entlassenen Soldaten, welche nicht durchwegs Mittel und Zeit gehabt, sich einen Stölklang anzuschaffen, aber auch so willkommene Gäste waren.

## Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von H. Otto Walter.

(Schluß.)

Das Beispiel, welches der König gibt, wird von dem entscheidenden günstigen Eindruck auf alle Regierungen der Welt sein“, rief Barth, „und der König wird finden, daß er das bessere Teil erwählt, indem er glaubte, ein Opfer zu bringen. Unser Saat, den wir binnen kurzem auf den Grundsteinen der Freiheit aufbauen, wird ihm zeigen, daß es selbst für einen König angenehmer ist, im freien Lande zu wohnen, als selbst als König in der Fremde. Trotzdem verdient sein Gutes alle Bewachung und ich schlage vor, ihm das durch einen Votengang, durch eine Ovation zu erkennen zu geben.“

„Bei unserem Rückzug nach der Stadt ziehen wir mit unseren Fackeln vor das Schloß und bringen ihm ein Ständchen, schlage ich vor“, meinte Diehner.

„Unverkennbar“, rief Menich, „und ich werde ihn noch besonders im Feuerwerk feiern.“

„Ich bin nun äußerst gespannt, wie wir den Volksstaat verfassungsmäßig einrichten werden“, meinte Swan: „wird das nicht viel Konzeptionsverursachen?“

„Nicht im geringsten“, Freund Swan,“ entgegnete Lange. „Wir schaffen nur einiges Überflüssige weg und außerordentlich viel Überflüssiges fällt dann ganz von selbst. Vom unnatürlichen und ungerechten Zustände bedürfen einer Anzahl von Hilfsmitteln und Stützen. Wenn wir durch Organisation der Arbeit jede verwendbare Arbeitskraft heranziehen, sie zweckentsprechend verwenden und ihr den Arbeitsertrag garantieren, die Armen und Unglücklichen aber versorgen, wenn durch Unterrichts-, Kranken- und Invalidenanstalten allen Gemeinlichkeiten vorgesorgt ist, wenn für jede nützliche Unternehmung der Staatskredit bereit steht, wenn es schwieriger wird und mühseliger zu stehen, als durch Arbeit zu erwerben, dann können wir getrost unsere Verbrecher als Kranke betrachten und behandeln, die Gefängnisse werden sich leeren, die Altkolonien werden leerer werden, Arbeits- und Zuchthäuser, zu Industriezwecken sich umzuwandeln. Die Richter werden durch die Wahl ihrer Mitbürger auf Zeit ernannt und handhaben die einfachen klaren Gesetzesbestimmungen unter der Kontrolle der Gemeindevertreter. Sportelzettel und

Sportelzettel fallen hinweg, und da wird wohl für ein Justizministerium wenig Arbeit übrig bleiben.

„Und das Kultusministerium?“ rief Swan, lebhaft erregt von diesen Fingergelzen.

„In einem Staate, wo jedem überlassen ist, sich seine geistige Erbanung in beliebigen Schriften oder Vereinen zu suchen, und wo die Gemeinden ihre Schulen selbst nach dem allgemeinen Unterrichtsplan einrichten, kann wohl von einem Kultusministerium nicht mehr die Rede sein.“

„Und die Kirchen?“ warf Diehner ein.

„Die Kirchen werden von den Gemeinden zu allen guten und schönen Zwecken je nach Bedürfnis gebraucht.“

„Ein Kriegsministerium“ gibts dann auch jedenfalls nicht mehr?“ meinte Streit.

„Gewiß nicht“, entgegnete Lange, „an Stelle dessen tritt zur Organisation des allgemeinen Volksheeres ein Landesverteidigungskomitee, welches das Ministerium des Innern erledigt, indem es die Funktionen eines Sicherheitskomitees mit verleiht.“

„So bliebe also nur das Finanzministerium“, rief Frank.

„Sowohl, und das ist eben die Verwaltung, welche an Stelle der Regierung tritt. Die Verwaltung regelt in höchster Stelle Produktion und Konsumtion und verwaltet das Nationalvermögen zum allgemeinen Besten.“

„Und die Organisation?“ fragte Swan unermüdlich.

„Die besorgt das Volk schon selbst. Gemeindevertreter für die Gemeinden, Distriktsvertreter für die Distriktsangelegenheiten, Provinzialvertreter für die Provinzen und Landesvertreter fürs ganze Land, daneben Kräftigung aller Beteiligten bei wichtigen Angelegenheiten und Reformen. Es kommt alles nur auf eine Einrichtung an. Das gesamte Volk ist zur Regierung berufen, und da müßte es sonderbar zugehen, wenn wir nicht binnen kurzem die beste Regierung der Welt bekommen sollten. Jeder Intelligenz ist der weiteste Spielraum gegeben, und wenn wir bedenken, daß im veralteten Staate neun Zehntel der geistigen Kräfte aus Mangel an Ausbildung verflümmerten, vom letzten Zehntel derer neun Zehntel aus Mangel an Gönnerschaft oder Mangel an Servilität zurückgesetzt wurde, das letzte Hundertel aber meistens schädlichen Einflüssen von seiten der herrschenden Klassen unterlag, so können wir ausrechnen, was bereitet von den Fesseln der Bureaucratie, der Hierarchie und der Plutokratie, das

wenn nicht anders, dann muß zum letzten Mittel, zum Streik ausgeholt werden. Da wir wissen, daß die Werthherren uns unsere Rechte verwehren werden, daß die Gesetzgebung uns im Stiche läßt, müssen wir rüsten, um durch Selbsthilfe das zu erreichen, was uns Unternehmerrhochmut und sozialpolitische Rückständigkeit verweigert zu geben. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als zum Kampfe auszuholen, das heißt zur Waffe des Streiks zu greifen, wenn man nichts anderes will. Im Ruhrbecken haben die Grubenbesitzer innerhalb 21 Monaten die Löhne um mehr als 50 000 000 Mk. reduziert!! Soll das so weitergehen? Sollen die Bergarbeiter immer die Opfer eines wahnwitzigen Produktionsprozesses sein? Nein und dreimal nein! Die jetzt herankommende Hochkonjunktur muß ausgenutzt werden, um die Bergarbeiter gegen die Maximen der Herrenmenschen mehrheitlich zu machen. Der Vorstand fordert dann die Mitglieder auf, einig zum Kampffonds zu versammeln, sich nicht auf die Solidarität der Arbeiterschaft zu verlassen, die zu einem großen Teil noch in schlechteren Verhältnissen lebt. Bevor sie ein Recht auf die Unterstützung anderer habe, müsse die Bergarbeiterschaft erst selbst das denkbar möglichste tun. Deshalb müsse der vom 1. Februar ab zu zahlende Extrabeitrag prompt bezahlt werden. Der Aufruf läßt keinen Zweifel darüber, daß die Situation — namentlich durch die Behandlung der Interpellationen in Sachen des Zwangsarbeitsnachweises seitens der Regierung im Reichstage und im Landtag — eine immer ernster wird.

**Der Bayerische Industrieller-Verband zur Arbeitsnachweisfrage.** In der kürzlich stattgefundenen Sitzung des Gesamtvorstandes des bayerischen Industriellen-Verbandes kamen u. a. auch die sozialdemokratischen Anträge Aufer und Genossen zu Sprache, die im bayerischen Landtage beraten worden sind und die sich gegen die einseitig vom bayerischen Metallindustriellen-Verband eingerichteten und geführten Arbeitsnachweise richten. Die Industriellen beschloßen, gemeinsam mit dem Verbande bayerischer Metallindustrieller und dem Süddeutschen Textil-Arbeitsgeberverband dem bayerischen Landtag und den Ministern eine Denkschrift zu unterbreiten, welche sich entschieden gegen die Anträge wendet und die bisherige, „erschrickliche“ und „gebehrliche“ Tätigkeit der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und deren „Zweckmäßigkeit“ erörtert. Es fällt also den bayerischen Industriellen nicht im Traum ein, die von ihnen ins Leben gelegten Maßregelungsbüroaus aufzugeben, im Gegenteil, sie gedenken sie noch weiter auszubauen.

### Soziales.

**Eine Treiberei gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen** veranlaßten im Sommer vorigen Jahres die Simeanischen „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die „freisinnige“ Leipziger Abendzeitung“ und die „Zittauer Morgenzeitung“, indem diese Blätter Artikel gegen den Vorstand der Leipziger Ortskrankenkasse veröffentlichten, in denen behauptet wurde: Der Vorsitzende Bollender habe lediglich aus dem Grunde für die Ablehnung der Gehaltsverträge mit den Beamten der Kasse gewirkt, weil die Wehrzahl der Beamten nicht sozialdemokratisch seien; Bollender führe die Kasse im Interesse sozialdemokratischer Parteibestrebungen; die Urlauberteilung, die Anstellung von Beamten werde nicht mit Rücksicht auf das Kasienwohl gehandhabt; bei den Beamtenprüfungen bestände keine Garantie, daß nicht Sozialdemokraten bevorzugt würden. Auch bei den Anstellungen spiele die Parteizugehörigkeit eine Rolle. Als Krankenkassentrotzler würden nur Sozialdemokraten angestellt, und ein Vorstandsmittelglied habe sogar versucht, für die Leipziger Volkszeitung“ Abonnanen zu werben. Bereits am 8. Oktober hatte sich auf erhobene Klage Bollenders das Schöffengericht mit der Sache zu befassen, damals wurde aber die Verhandlung vertagt. Am Dienstag, den 25. Januar stand sie abermals an. Dr. Grantoff von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erklärte, er habe im Interesse der Industrie gehandelt, die ein kolossales Interesse daran habe, daß die Ortskrankenkasse nicht zu sozialdemokratischen Zwecken ausgenutzt werde. Insbesondere dürfte kein Streikführer als Beamter angestellt werden. Auch Redakteur Steinsdorf von dem freisinnigen Zittauer Blatt war so offen, zuzugeben, daß er nur aus Sozialistenhaß gehandelt habe, während der dritte Angeklagte Kobolski von der „Leipziger Abendzeitung“ mit Glück den Harmlosen spielte. Am bedeutungsvollen waren die Aussagen der beiden als Zeugen vernommenen Arbeitgeberbeisitzer im Vorstände, die voll auf die Seite des Vorsitzenden traten und die Behauptungen der Gegner zurückwiesen. Aber auch die drei ordnungsparteilich gestimmten Beamten waren nicht in der Lage, Tatsachen für die Behauptungen der beklagten Blätter beizubringen. Selbst der Sekretär der nationalen Arbeiter und zwei Werkmeister hatten die Beleidiger als Zeugen dafür zitiert, daß Bollender in einer Versammlung aufgefordert habe, sozialdemokratisch zu wählen und daß der jetzige Kassenbeamte Krüger früher ein Streikführer war. Das Urteil des Schöffengerichts fiel sehr milde aus. Es lautete für Dr. Grantoff auf 30 Mk., für

Steinsdorf auf 10 Mk. Geldstrafe, für Kobolski auf Freisprechung. Die bürgerlichen Schöffengerichte haben also den Kämpfern gegen die Sozialdemokratie nicht sehr wehe getan.

### Kommunales.

**Gegen sozialdemokratische Gemeindevorsteher.** In Annen (Kreis Hörde) errangen unsere Genossen bei der Gemeinderatswahl über die vereinigten Gegner zum ersten Mal einen glänzenden Sieg. Wir eroberten in der dritten Abteilung drei Mandate. Nun sann die Gegner darauf, wie sie uns der Mandate wieder berauben könnten. Den Grund mußte hergeben das Hausbesitzerprivileg, angeblich laßen in der dritten Abteilung zu wenig Hausbesitzer. Bisher hatte man es mit dieser Bestimmung nicht so genau genommen, besonders nicht in der ersten Abteilung, wo drehten unsere Genossen den Spieß um und beantragten Ungültigkeitserklärung der ersten Abteilung. Das Gemeindefolgekollegium erklärte aber nur die Wahl der dritten Abteilung für ungültig. Nun klagten unsere Genossen beim Kreisbeschuß mit dem Ersolge, daß die Wahl unserer Genossen für gültig erklärt, die Wahl der ersten Abteilung aber kassiert wurde. Unsere Genossen erzielten also einen vollen Erfolg. Die Gegner müßten herinfallen, weil in der ersten Abteilung tatsächlich kein Hausbesitzer sitzt, einer der gewählten Genossen aus der dritten Abteilung aber den Nachweis erbrachte, daß er Hausbesitzer ist.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Gefährdung der Rechtsicherheit durch verbrecherische Beamte.** In der sächsischen Gemeinde Hohenheide, Amtshauptmannschaft Leipzig amtierte der Gemeindevorstand Sperling, der als überleitrigter Staatsretter und Sozialistenfeind vor sich reden machte. Besonders seit ein sozialdemokratischer Verein im Orte seine Versammlungen abhält, hat sich die Wut des Mannes in bedenklicher Weise gesteigert. Sein Jörn lehrte sich vor allem gegen den Arbeiter Noak, den er im Verdacht hatte, daß er der „Leipziger Volkszeitung“ einige Mitteilungen über seine Amtstätigkeit gemacht habe. Der Gemeindevorstand war speziell angewiesen, den „roten Hund“ bei der ersten besten Gelegenheit fest zu nehmen und nicht wieder los zu lassen, damit er dahin komme, wo er hingehöre, angeblich, weil Noak von seinem Wochenverdienst von 6 Mk. nicht genügend für seine Mutter sorgte. Es bot sich dem Gemeindevorstand, der sein Amt erst kurze Zeit versah, auch bald Gelegenheit, seinem Vorgesetzten diesen Gefallen zu tun. In der Nacht zum 23. August, in der ersten Stunde, hatte Noak vor einem Grundstücken gestanden und an das Fenster eines Mädchens geklopft, mit dem er kurz zuvor gesprochen hatte. Ein 14 Jahre alter Dienstknecht glaubte einen Einbrecher zu sehen und benachrichtigte den Gemeindevorstand. Als dieser Noak erkannte, befann er sich auf die Anordnung des Gemeindevorstandes und wollte zur Verhaftung schreiten. Und da Noak, der sich nichts bewußt war, nicht mitgehen wollte, sollte er gefesselt werden. Dabei kam es zu einer Balgerei, bei der auch der Gemeindevorstand einige Schläge abbekommen haben soll. Schließlich ging der Arrestant aber freiwillig mit zum Gemeindevorstand. Obwohl sich hier keine völlige Unschuld herausstellte und gar kein Grund vorlag, den Mann, der 26 Jahre im Orte anläßig ist, festzuhalten, ordnete der Gemeindevorstand an, daß er ins Spritzenhaus geschafft werde. Das geschah denn auch. In der Zelle soll er nun gelärmt haben. Inzwischen waren auch der Gemeindevorstand und der Milchhändler Thiele hinzugekommen, die mit dem Gemeindevorstand zusammen in die Zelle gingen und Noak die Hände auf dem Rücken fesselten. Der hilflos am Boden Liegende wurde dann fürchtbar mißhandelt. Der Gemeindevorstand ließ den Mann mit den Füßen in den Leib und ermunterte dabei den Gemeindevorstand, der den Wehrlosen mit einem Gummischläuch bearbeitete. Thiele kniete auf Noak und schlug ihn mit der Faust ins Gesicht und ins Genick. Als man den Arrestanten lange genug „beruhigt“ hatte, wurde er noch an den Füßen gefesselt und in diesem Zustand die Nacht und den folgenden Tag bis abends gegen 10 Uhr in der Zelle liegen gelassen. Dann wurde er endlich auf die Anweisung eines Gendarmen freigelassen. Die Folge dieser Verhinderung war aber nun nicht etwa ein Strafverfahren gegen die privilegierten Beamten, sondern eine Anklage gegen Noak wegen Hausfriedensbruch, Widerstand, Sachbeschädigung, ruhestörenden Lärm und Körperverletzung. Ein Verfahren gegen die Beamten, das auf eine Anzeige von dritter Seite eröffnet war, wurde wieder eingestellt, weil der Gemeindevorstand und der Gemeindevorstand bei der Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft bestritten hatten, überhaupt gefesselt zu haben. Jetzt wurde nun vor dem Landgericht am 1. August gegen Noak verhandelt. Dabei stellte sich heraus, daß der Gemeindevorstand, der als Hauptbelastungszeuge in Frage kam, vom Gemeindevorstand zu einer falschen Aussage verurteilt worden war. Als Drechsler

vernommen werden sollte, erklärte er, seine frühere Aussage sei zum Teil falsch gewesen. Er habe sich durch den Gemeindevorstand zu falschen Angaben bestimmen lassen. Dieser habe ihm gesagt, er solle nicht zu verlegen, oder bloß das, was zu ihren Gunsten sei, damit sie nicht zu hoch bestraft würden. Er habe dann noch hinzugefügt: „Die können doch nichts machen, wenn wir schwören, die haben ja keine Zeugen, und wir sind Beamte, das wird geglaubt!“ Ferner gab der Zeuge zu, daß gar kein Grund vorliegen hatte, den Mann zu verhaften. Auf die Frage des Verteidigers erklärte er: „Ich dachte erst, daß die Sache nicht so schlimm wäre, weil ich Noak nichts nachweisen konnte, da kam mir aber der Gedanke, daß ich ihn bringen sollte, wenn eine günstige Gelegenheit wäre. Ich glaube, daß ich dem Gemeindevorstand eine Gefälligkeit erwiesen würde, wenn ich den Mann brächte, auf den er schon solange einen Groll hat. — Von der Vernehmung des Gemeindevorstandes, der ebenfalls als Belastungszeuge geladen war, wurde hierauf abgesehen. Noak wurde zu insgesamt 56 Mk. Strafe verurteilt. — Ob nun wohl gegen die Beamten, die eine so eigentümliche Auffassung ihrer Amtspflicht bekundet haben, vorgegangen werden wird?

**Ein „eifriger“ Vorgesetzter.** Wegen Soldatenmißhandlung stand der Sergeant Ludwig vom 28. Artillerie-Regiment vor dem Dresdener Kriegsgericht. Der Angeklagte hat einen Soldaten, weil dieser angeblich keine Stellung nahm und ein gleichgültiges Gesicht machte, mit Ohrfeigen und Fußtritten traktiert. Vor Gericht stellte der Soldatenführer die Mißhandlung in Abrede, er wurde aber überführt und zu der gelinden Strafe von acht Tagen mittlerem Arrest! verurteilt. Das Gericht hat einen minderschweren Fall angenommen, und mit Rücksicht darauf, daß L. als ein eifriger Vorgesetzter geschildert wird, obige Strafe ausgeworfen!

**Soldaten um die Löhnung betrogen.** Vom Kriegsgericht Meißel (Schl.) wurden drei Artillerie-Wachmeister aus Grottkau, die im zwölften Jahre dienten, wegen Betruges zu je vier Monaten Gefängnis und Verlegung in die zweite Soldatenklasse verurteilt, weil sie die zu Landarbeiten kommandierten Artilleristen um den Lohn betrogen haben. Alle drei sollten in Kürze auf die Zivilbevölkerung losgelassen werden.

### Aus Nah und Fern.

**Ein aufsehenerregender Doppelselbstmord** hat sich Mittwoch nachmittag in Groß-Lichterfelde bei Berlin ereignet. Dort fand man das etwa 50jährige Fräulein Klara Schulte und ihren Bruder, den Eisenbahnbetriebssekretär a. D., der um zwei Jahre älter war, in ihrem gemeinschaftlichen Wohnzimmer erhängt vor. Eine schwere Krankheit des Schulte war offenbar die Ursache seines Selbstmordes. Die Schwester, die 25 Jahre zusammen mit ihm gelebt hatte, folgte ihm in den Tod.

**Typhus in der Kaserne.** In der Kaserne des 6. Feld- Art.-Regiments in Breslau ist der Typhus ausgebrochen. Bisher sind 9 Leute erkrankt, 1 gestorben.

**Eine königliche Schenkung.** Der verstorbene belgische König hatte der Stadt Koburg eine Schenkung im Werte von ca. 30 Millionen Frs. gemacht. Jetzt stellt sich heraus, daß die Schenkung größtenteils aus Königswerten besteht, die nach dem übereinkommen Leopolds mit der belgischen Regierung jetzt dem belgischen Staate gehören. Die belgische Regierung hat deshalb beschlossen, von der Verwaltung der Koburger Schenkung diese Werte zurückzufordern.

**Der Brauereiverband auf Territoriumsfragen.** Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien will jetzt den Kampf gegen die Dutzender-Brauereien immer geschlossener organisieren und den Bonkoff durch die Lieferanten festlegen. An sämtliche Lieferanten von Brauereirohstoffprodukten oder wichtigen Brauereibedarfsartikeln ist jetzt vom Ring folgendes Schreiben gesandt worden:

„In Gemeinschaft mit den nordwestlichen Brauereiverbänden der Norddeutschen Brauereigemeinschaft beabsichtigen wir, ein Verzeichnis derjenigen Lieferanten herauszugeben, die bereit sind, an Dutzender-Brauereien nicht zu liefern. Wir bitten Sie höflich um gefl. Benachrichtigung, ob Sie auf dieser Liste aufgeführt zu werden wünschen. Hochachtungsvoll  
Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien  
zur Förderung ihrer gewerblichen Interessen  
Ges. m. b. H.  
gez. Dr. Sunder, gez. Gieseler.“

Die Absicht ist klar: nicht nur, daß man den außenstehenden Brauereien an den Kragen will, übt man jetzt auch noch durch Herstellung einer Liste indirekt einen Druck auf die Lieferanten aus. Sie sollen erklären, ob sie sich dem Verlangen des Ringes fügen wollen, und tun sie das nicht, so werden sie durch Entziehung von Aufträgen, schon zu spüren bekommen, daß man mit den mächtigen Brauereimaginaten nicht spielen darf. In der Brauereindustrie bilden sich immer klarer die nünftlichen Zustände wie in der Kohlen- und Eisenindustrie heraus: die unbeschränkte Herrschaft der Großen über die Kleinen, immer stärkerer Druck auf die Lieferanten und die Abnehmer, zur Steigerung ihrer Profite.

**Die Ausschläge auf Eisenbahnzüge im Ruhrbezirk** mehren sich. Wie berichtet wird, wurde bei dem Dorfe Lütgenstortmund auf einen Zug geschossen. Die Kugel zertrümmerte ein Fenster, glücklicherweise, ohne jemand zu verletzen.

**Die geretteten Bergleute von Gelsenkirchen.** Aus Wattencheid wird offiziös berichtet: Bei der Bewirtung der Geretteten von der Zeche Holland als Gäste des Kaisers wies der Bergrat Reimann auf die aufopfernde Tätigkeit der Rettungsmannschaften hin. Er hob hervor, daß gleich am Tage nach der Rettung die Hilfskräfte vollkündig zusammengeedrückt wurden. Die Ursache des Schachtsturzes bildete die schlechte Beschaffenheit des Gebirges, dies bestand an der Bruchstelle aus tonhaltigen, steilagerndem Gestein. — Über die schlechte Beschaffenheit des Gebirges müssen sich die Fachleute doch schon vor dem Eintritt des Unglücks klar gewesen sein. Es fragt sich nur, ob man bei Beginn der Mauerarbeiten gleich darauf Bedacht genommen hat, die Arbeiten mit den nötigen Vorsichtsmaßregeln ausführen zu lassen. Das festzustellen wäre untreitig wichtiger, als die Geretteten auf Kosten des Kaisers bemittelt wurden.

**Folgeschwerer Leichtsinn.** Auf dem Bahnhofe Blantenstein erfolgte eine Explosion. Beim Abladen von Benzinfässern hielt ein russischer Arbeiter in übermütig brennende Zigarre in das Spundloch eines leeren Fasses. Drei Arbeiter verbrannten hoffnungslos, der Arbeiter selbst erlitt schwere Brandwunden und ist flüchtig.

Die Sonne neigte sich bereits zum Untergang, als die Freunde dem auf dem Hügel befindlichen Hauptzelt nahen, vor welchem der König mit seinem Gefolge ihrer wartete, indem er von hier aus das ganze Fest am besten übersehen konnte. Barth leinreich war gegangen, um die Kunde von des Königs hochherzigen Entschlüssen durch die Presse allen Festgenossen kund zu geben. Man sprach indessen schon allgemein davon, infolge von mehr oder weniger entstellten mündlichen Berichten.

„Willkommen, Em. Majestät!“ rief Lange, indem er auf die durchweg im einfachen Zivilrock erscheinene Gruppe trat. Sie finden ein glückliches Volk, glücklicher noch durch die hochherzigen Entschlüssen, welche wir heute an der Spitze der „Landeszeitung“ mit aufrichtiger Freude lasen. Ein anderes Volk sehen Sie heute als damals, wo wir zum ersten Male die Ehre hatten, von Ihnen empfangen zu werden. Damals waren die Gemüter verbittert, die Zukunft erschien noch verhält in Nebelschleier, heute herrscht Licht und Freude, Hoffnung und Liebe, und dazu haben Em. Majestät kein geringes Teil beigetragen. Bald, recht bald hoffen wir Sie zu überzeugen, daß unser Streben kein Wert der Fehlschönheit, sondern des Aufbaues neuer Grundlagen für eine wahrhaft menschliche Staatsgesellschaft war, die einen dauernden Frieden verbietet; denn keine Parteien werden mehr die Bevölkerung spalten, kein Klassenunterschied wird den Reib oder den Haß erregen, und im gemeinsamen Streben nach dem Schönen, Guten und Guten wird bald alles Vorurteil schwinden.

„Ich bin gekommen,“ erwiderte der König freundlich, „um für mich und meine alten Knie die Besprechungen zu befrachten, welche die „Landeszeitung“ bekannt gegeben. In der Erwartung, daß jedes verständige Wort aufrichtige Beachtung finden wird, haben wir uns entschlossen, auf den uns zukommenden Anteil an den Beratungen des gesamten Volkes nicht zu verzichten, und wenn wir jedenfalls von Ihnen

viel Neues lernen werden, so hoffen wir andererseits mit unseren Erfahrungen auch Ihnen beachtenswerte Ratschläge bieten zu können.“

„Sanz gewiß,“ erklärte Lange, „und um so dankbarer anerkennen wir Ihren Entschluß.“

Weitere Unterredung wurde jetzt durch das Erscheinen des Gesangsvereins „Union“ unterbrochen, welcher ein Begrüßungslied vortrug; dann nahm eine Schar junger Mädchen mit niedlichen Blumenkörbchen und verteilte frische Buketts von Waldblumen.

Die Dämmerung brach immer mehr und mehr herein, und Völkerschiffe sowohl als Signalhörner luden zum Verlassen des Feuerwerkes ein.

Bald stand die Menge dichtgedrängt in unübersehbarer Kopfmenge vor dem umzäunten Ort, erwartungsvoll, bis ein großartiges Bukett von Raketen und Leuchtflugeln die Spannung einigermaßen löste. Großartig waren die Überraschungen, ein Transparent zeigte dem andern, zum Schluß das kolossale Bild der Freiheit, welcher ein schwebender Engel den Vorberetrans auf's Haupt setzt, dazu die Worte in flammender Schrift:

### Eintracht Volksmacht!

und dann im wässenden Regen von Raketen, Leuchtflugeln und Schwärmern das Motto:

### Gerechtigkeits für alle!

Eine halbe Stunde später setzte sich der ungeheure Zug in Bewegung, die Turner und Sänger voran, die unverbitterten Festgenossen in geschlossenen Reihen, und unter dem donnernden Klänge des Arbeiterliedes: — „Damit es besser werde!“ — zogen die Scharen nach dem heimatischen Herd, um nach der Freude an die ernste Arbeit zu gehen, an den Aufbau des Volksstaats.

**Sittenbild aus dem Zunderlande.** Aus Treptow a. d. Rega (Pommern) schreibt man dem „Volksboten“: Herzertreue und Gerechtigkeit herrschen im benachbarten Sagenow. Der Knecht Reinhold Wilke mußte beim Bauern Franz Storm mit dem Dienstmädchen zusammen in einer Kammer schlafen. Ebenfalls mußte die 19jährige Dienstmagd Emma Treptow beim Bauern Reinhold Funke mit dessen Knecht, einem entlassenen Strafanstaltling, zusammen in einer Kammer schlafen. Da man aber nicht gehört hat, daß es hierbei unfittlich zugeht, steht die Moralität der Landleute auf ziemlich hohem Niveau und es ist wohl erklärlich, daß Herr Pastor Steinmeier sich nicht mehr für verpflichtet hält, mit armer Leute Leiden mitzugehen. Er ist hier zweifellos überflüssig mit seinen Predigten.

**Fromme Katholiken als Brandstifter.** Der „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ wird folgende erbauende Geschichte aus Olpe geschrieben: „Die hiesige katholische Pfarrkirche genügt den an sie gerichteten Ansprüchen nicht mehr und so wurde beschlossen, dieselbe durch Umbau zu vergrößern. Mit der Art und Weise dieser Vergrößerung war die Einwohnerschaft Olpes zum größten Teil unzufrieden; die Regierung wollte das Mittelschiff als denkwürdiges Altertumsstück erhalten wissen, während die Ulper Katholiken eine ganz neue Kirche wünschten. Am nun der Regierung ein Schreiben zu schlagen und den eigenen Willen durchzusetzen, wurde die alte Kirche kurzerhand in Brand gesteckt. Die Staatsanwaltschaft hat Monate hindurch vergebens nach den Urhebern dieser Brandstiftung gesucht, da die Bürgerchaft Olpes sich auschweig und jede Aufklärung erschwerte. Als nun später einige Italiener, die beim Umbau der Kirche beschäftigt gewesen waren, sich als die Täter selbst unwürdigerweise vorboten, wurde gegen diese Strafantrag gestellt und Mitte voriger Woche fand in Siegen die Strafkammerverhandlung statt, in welcher diese Brandstiftungsgeschichte ihre Sühne finden sollte. Unter dem Zwange des Eides haben nun einige Zeugen Aussagen gemacht, die Aufklärung in die Angelegenheit brachten, dieselben Zeugen, die bei der Voruntersuchung völlig versagten. Nach diesen Zeugenaussagen soll der Bauunternehmer W. einem ihm bei den Bauarbeiten behilflichen Maurermeister gesagt haben, er, der Maurermeister, müsse unbedingt dafür sorgen, daß die Kirche einstricke. Der Maurermeister lehnte ab, weil er mit dem „Dynamitgesch.“ nicht in Konflikt geraten wolle, worauf ihm seitens des W. geantwortet wurde, es bedürfte keiner Sprengung durch Dynamit, sondern man müsse die Pfeiler unterminieren, mit Holz ausbessern und die ganze Sache aufsteden; das übrige finde sich dann von selber. — Einem Nachts brannte die Kirche lichterloh und stürzte bald zusammen. Nach Bekanntwerden dieses Kirchenbrandes erhielt der katholische Pfarrer E. in Olpe von einem Konfrater in Wanne eine Glückwunschkarte, welche u. a. die Worte enthielt: Lucifero gratias! (Dem Lucifer sei Dank!) Pfarrer E. hat nun in dem in Olpe erscheinenden „Sauerl. Volksblatt“ eine Erklärung abgegeben, Lucifer sei mit „Lichtsender“, in diesem Falle also mit „Anzünder“ zu übersetzen, und mit dieser Dankagung an den Brandstifter wolle er sich eins mit 99 Prozent aller Ulper Katholiken. Tatsächlich steht auch ganz Olpe hinter seinem Seelsorger in der Billigung und Belobung des Kirchenbrandes. Was sagt nun die kirchliche Behörde zu dieser Geschichte? Recht bedenklich bei dieser ganzen Sache muß es ferner erscheinen, daß viele Zeugen während der Voruntersuchung ausfragten, sie wüßten nicht um die Anstifter und Ausführer dieses Kirchenbrandes, während sie in Wirklichkeit dennoch darum mußten, denn in Olpe war es von vornherein offenes Geheimnis, wem dieser Kirchenbrand zur Last zu legen sei.“

**Eine Probe auf die Polizei.** Nicht einmal die heilige Hermenstadt ist vor der lächerlichen Untertanenbeugung sicher. Wollte da ein Einwohner des Münchener Vororts Milbertshofen der Milwilt. Kund und zu wissen tun, wie treu seine Heimat von der Gendarmerie bewacht und behütet wird. Was tat der Freche? Er schlich sich nachts in die Milbertshofener Gendarmeriestation ein, ließ — die Heiligkeit des Schlummers respektierend — die schlafenden Gendarmen ruhig träumen, nahm einen Mantel vom Haken, schnürte sich zwei Säbel um den Heldenleib, nahm drei Gewehre auf die Schulter und verließ, unbemerkt, wie er gekommen war, das gastliche Gendarmerielokal. Damit war aber die Bosheit des bösen Milbertshofener noch nicht zu Ende. Im vollen Waffenschmuck marschierte er nach München. Eine volle Viertelstunde patrouillierte er vor der Münchener Polizeidirektion auf und ab, und niemand verhaftete den eigentümlich ausgestatteten Pseudogendarmen, der zwei Säbel und drei Gewehre spazieren trug. Wahrscheinlich wurde er für einen „Maschera“, einen Maskierten, gehalten. Schließlich, wenn man nicht gutwillig verhaftet wird, muß man sich eben aufdringlicher Weise selbst stellen. Also betrat der Böfewicht das Fourzimmer. Hierfür seine Wunde ab und erklärte befreit, er habe der „Milbertshofener Gendarmerie“ die Waffen abgenommen, damit sie „keine Dummköpfe“ mit ihnen mache.“ Nach kurzer Paß ließ man den Wühbold wieder laufen. Seinen Zweck, die Wachsamkeit der Gendarmerie in Milbertshofen zu beweisen, hatte er erreicht.

**Ausweisung ausländischer Arbeiter.** Drei ausländische Arbeiter in Gladbeck wurden ausgewiesen, weil sie an

einem anarchofällischen Kongress, der am Sonntag in Elberfeld stattgefunden hatte, teilnahmen.

**Ein bayerischer Schulpalast.** Während des Unterrichts stürzte im Schulzimmer Wiesbrunn (Oberpfalz) plötzlich ein größerer Teil der Decke herunter. Zu allem Glück waren die betreffenden Plätze wegen des schließlichen Weiters an diesem Tage unbesetzt, sonst hätten bei dem Unfall ein paar Kinder das Leben eingebüßt.

**Wegen der Genickstarre** sind einer Meldung aus Paderborn zufolge beim Infanterie-Regiment Nr. 158 die Parade und sämtliche Kompagniefeierlichkeiten zu Kaisers Geburtstag ausgefallen worden. Zwei neue Fälle von Genickstarre sind zu verzeichnen. Der Zustand der beiden Soldaten hat sich sehr verschlimmert. Auch in der 7. Kompagnie ist am Dienstag ein Soldat erkrankt. Die Genickstarre ist nun in drei Kompagnien ausgebrochen. Den Soldaten ist streng verboten, die Kaserne zu verlassen.

**Das Hochwasser in Frankreich** ist noch immer im Steigen begriffen. In Paris stehen bereits mehrere Bahnhöfe unter Wasser. Das Hochwasser dringt bereits durch die Quaimauern durch, die an einzelnen Stellen, auch hinter der Deutschen Botschaft geborsten sind. Daher dürfte auch der Quai d'Orsay, von wo aus man bisher zum Garten der Botschaft gelangen konnte, bald vollständig überschwemmt und der Botschaftspalast von beiden Seiten vom Wasser eingeschlossen sein. Die Regierung stellte der Botschaft zwei Fähre zur Verfügung, damit der Verkehr mit dem Botschaftsgebäude einigermaßen aufrechterhalten werden kann. In einem in der Rue de Lille der deutschen Botschaft gegenüberliegenden Hause, in dem ein Mädchenheim untergebracht ist, ist die Wasserleitung geplatzt, sodaß die oberen Stockwerke überschwemmt zu werden drohen. In dem Hause sind etwa 80 Mädchen, zum Teil Lehrerinnen und Buchhalterinnen, untergebracht; auch mehrere Kranke befinden sich darunter, die von der deutschen Botschaft mit Lebensmitteln versehen werden. Der Ausbruch von Epidemien ist zu befürchten, falls nicht die strengsten Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. — 7040 Telefonverbindungen sind infolge des Hochwassers unterbrochen. Gestern 8 Uhr nachmittags überflutete das Wasser den Quai Berthier. Der Quai des Grands Augustins ist vollständig überschwemmt. — Allgemein wird die Lage als sehr ernst aufgefaßt. Die Regierung hat den Obdachlosen Gebäude zur Verfügung gestellt. Es macht sich bereits ein Mangel an Lebensmitteln bemerkbar; die Bäcker verlangen teilweise enorm hohe Preize.

Aus der Provinz laufen fortwährend neue Hochwassernachrichten ein. Neuilly, Valsance und Seine et Oise sind halb unter Wasser. Die ganze Ebene sei ein einziger See. Die Gers im Departement Aude schwillt beunruhigend an. Die Dörfer im Departement Hauts Pyrenen sind überschwemmt. Die Flüsse des Lac du Bourget beginnen zu sinken, doch liegen im Gebirge noch beträchtliche Schneemassen. In Tours hat ein Wirbelsturm schweren Schaden angerichtet. Am Winternach traf die Nachricht ein, daß die Marne merklich sinkt. Auch aus Chateau Thierry und Troyes lauten die Nachrichten günstiger. In Melun ist eine 5000 Kubikmeter Holz enthaltende Brücke von den Fluten weggerissen.

Über das Schicksal von acht Bewohnern der Insel St. Pierre, die am Zusammenfluß der Seine und Marne liegt, ist man sehr besorgt. Die Leute weigerten sich, ihre Behausung, die seit drei Tagen von 4 Meter hohem Wasser umgeben ist, zu verlassen. Man befürchtet, daß sie ganz ohne Lebensmittel sind. In Alfortville weigerten sich 200 Einwohner, ihre Häuser zu verlassen. Sie konnten später mit Lebensmitteln versehen werden.

Infolge heftigen Sturmes ging in (Gorunna (Spanien)) ein Fischerboot unter. 11 Personen ertranken.

**Springflut in Italien.** In der Nacht zum Donnerstag hat eine Springflut einen großen Teil der Küste zwischen San Stefano und Rio Figure in der Nähe von Porto Maurizio hinweggeschwemmt. Auch gestern noch herrschte hoher Seegang, obgleich schönes Wetter und heiterer Sonnenschein ist. Zuzeiten branden hohe Wellen gegen die Kaimauern und nehmen beim Zurückfluten große Steine und ganze Massen von Geröll mit sich fort. Die Bahnlinie, die die Seeflässe entlang läuft, ist von den Wellen bedroht. Nur mit Mühe können Fußgänger das Dorf Rio Figure auf dem am Meere entlang führenden Wege erreichen. Viele Dörfer in der Nähe von San Remo und Porto Maurizio stehen unter Wasser. Die Häuser mußten in vielen Fällen geräumt werden. Einzelne Gebäude wurden sogar hinweggeschwemmt. In San Remo steht das Wasser so hoch, daß es das dritte Stockwerk der am niedrigsten gelegenen Häuser erreicht. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Der Teil der Küste, der unter der Flut am weitesten gelitten hat, wurde im vergangenen Jahre von einem heftigen Sturm heimgesucht, der eine Anzahl Gebäude zerstört hatte.

**Schwindelkassen.** Die auswärtigen Krankenkassen schleichen in der letzten Zeit wie Wölfe aus der Erde. Als Verwundete werden in der Hauptsache die Großstädte ausersuchen, in denen die Schwindelkassen ein ertragsfähiges Feld finden.

Ohne große Mühe gelangt es ihnen, in kurzer Zeit unter Anbittnahme eines Agentenheeres zahllose Arbeiter — und auf diese haben es die Schwindelkassen in erster Linie abgesehen — auf den Leim zu locken. Die Kassen haben fast alle höchst tönende Namen und tragen in aufdringlicher Weise als Ausschlagschild: Staatlich genehmigt durch Gesetz vom 7. April 1876/1. Juni 1884 und: Staatliche Oberaufsicht so daß beim oberflächlich urteilenden Publikum der Anschein erweckt wird, als habe man es mit soliden Kran entlassen zu tun. Die Agenten gehen bei der Umgarung ihrer Opfer äußerst geschickt vor. Sie schildern das Elend, das in der Familie durch Krankheit, Sterbefall usw. entstehen kann, und lassen dann unter Anführung einer Anzahl trügerischer Beispiele nicht eher von ihrem Opfer, bis es den Antragsteller unterschrieben hat. Fast alle Schwindelkassen haben die Bestimmung im Statut, daß der Austritt nur zu einem Quartalkosten erfolgen kann unter Einbehaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen. Außerdem muß die Kündigung mittels eingeschriebenen Briefes beim Vorstand dieser Kassen gemeldet werden. Wenn nun ein Mitglied einen Aufnahmestempel unterzeichnet hat, ist es auf mindestens sechs Wochen gebunden, in der Regel aber auf viel längere Zeit. Die Mitglieder beachten aber die Austrittsbestimmungen gar nicht, sie sind ohne weiteres der Ansicht, daß der Austritt, wie es bei soliden Krankenkassen und auch bei einer Anzahl Zentralkassen der Fall ist, jederzeit ohne weiteres erfolgen kann. Die Agenten der Schwindelkassen nehmen keine Veranlassung, die nicht mehr zahlenden Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, sondern sie lassen die Mitglieder in dem Glauben, daß sie rechtswirksam ausgetreten sind, bis nach oft sehr langer Zeit eine enorm hohe Rechnung über rückständige Beiträge kommt, der, wenn Zahlung nach kurzer Frist nicht erfolgt, die Klage folgt. Die Statuten der Schwindelkassen gleichen sich wie ein Ei dem andern; sie sind so abgefaßt, daß es der Kassenleitung in jedem Falle möglich ist, sich der Zahlungspflicht zu entziehen. Die Mitglieder müssen jahrelang Beiträge bezahlen, um dann, wenn sie krank werden, nichts zu erhalten. Es kann deshalb vor dem Beitritt zu diesen Kassen nur nachdrücklich gewarnt werden. Die Arbeiter haben die Verpflichtung, ihre Kollegen aufmerksam zu machen und jeden der gewissenlosen Agenten, die teilweise eine sehr getrübe Vergangenheit haben, zur Tür hinauszusperren.

**Eine Versicherung gegen Wahlburchfall.** Das Versicherungswesen ist in England viel mannigfaltiger ausgebreitet, als in den Ländern des europäischen Festlandes. Gerade die größten und bedeutendsten englischen Versicherungsgesellschaften schließen oft Geschäfte ab, die im Grunde nichts anderes sind als Wetten. Und da die Wetten von altersher eine der ausgeprägtesten Eigenschaften des britischen Nationalcharakters ist, haben die Gesellschaften jahraus jahrein alle Hände voll zu tun. Es ist nicht sehr stark verbreitet, wenn man behauptet, daß z. B. in diesem Augenblicke, während des Wahlkampfes ganz England in zwei Lager von Wettenden geteilt ist. Daß die englischen Wahlkandidaten aber die Mäßigkeit haben, sich in aller Form Rechts gegen einen Durchfall zu versichern, mag deutschen Ohren recht seltsam klingen. Das ist nun nicht etwa so zu verstehen, als übernehme die Versicherungsgesellschaft die Verpflichtung, dem Kandidaten, der sich ihrem Schutze anvertraut, zu dem heißbegehrten Mandate zu verhelfen. Das steht natürlich außer ihrer Macht. Der Kandidat versichert sich vielmehr für den Fall seines Unterliegens auf die Rückzahlung der Kosten für seine Wahlkampagne und man weiß, daß diese Kosten in England unter Umständen sehr hoch sein können. Entsprechend hoch ist selbstverständlich auch die Prämie, die er zu zahlen hat. Sie fällt an die Gesellschaft, wenn er gewählt wird, doch im Erfolgsrausch verlehrt er sie gern und leicht. Die Sache ist also, wie man sieht, von einer genialen Einfachheit und für beide Teile nutzbringend.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 25. Januar.**  
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.  
Auftrieb 1623 Schweine. Markt fast völlig geräumt. Aberland 33 Stück.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 69.— bis 70.— (55.— bis 56.—) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 68.— bis 69.— (54,50 bis 55.—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., — bis 68.— (— bis 53.—) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 67.— bis 68.— (52,50 bis 53,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 62.— bis 65.— (47.— bis 50.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,50 bis 66.— (51,50 bis 53.—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 57,50 bis 62.— (45.— bis 48,50) Mk.  
Verantwortlicher Redakteur: F. H. E. Stelling.  
Verleger: F. H. Sch. a. r. g. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Der Stammhalter ist da!**  
Dieses zeigen hochehrent an  
**Friedrich Hinz** und Frau  
Helene geb. Hanke.  
Wichtig und unerwartet entzück uns der Tod durch Unglücksfall unsern lieben Sohn und Bruder  
**Ernst**  
im 16. Lebensjahre. Tiefbetrauert von den Eltern und Geschwistern.  
**Ernst Tech** und Frau.  
Lübeck, den 23. Januar 1910.  
Für bewiesene Teilnahme und reiche Kranzpenden beim Heimgang unseres lieben Sohnes sagen wir herzlichsten Dank.  
**Familie Hiemenz.**  
**Junge Frau** sucht Beschäftigung für die Nachmittagsstunden, gleich welcher Art. Una. u. W. S. a. d. Exp. d. Bl.  
Guter **D. = Maschinenanzug** zu vermieten. Heinrichstraße 361.  
**Geld** Darlehen, Hypoth., Betriebskap. jeder Art u. Höhe an jedermann. **A. Reiche**, Breitestrasse 51, Flur Treppe 2. 2. Et.  
**Bürgerl. Mittagstisch** 30—50 Pf. Abendlich 25—35 Pf.  
Spezialität: **Sönigsberger Steak** 25—35 Pf.  
Wuisson mit Brot per Tasse 10 Pf.  
**Unterlage 9, 1.**

**1 Damen-Maschinenanzug** zu vermieten. Sedanstraße 26b.  
**Inventur-Ausverkauf!**  
Schuhwarenlager **Heinr. Beckmann** Reiferstraße 3.  
Sämtliche zurückgelegte Ware wie Herren-, Damen- u. Kinderstiefel aller Art, Filz- u. Wollpantoffel, Arbeitschuhe wird zu und weit unter Einkaufspreis abgegeben. Reparaturen prompt und billig.  
**Heute ausnahmsweise**  
Fettes Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch zu billigen Preisen.  
**Fr. Möller**, Wafenhauer 86.  
**Prima kräftiges Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.**  
**Schweinefleisch „ 80 „**  
**Schinken „ 80 „**  
**Kalbfileisch „ 50 „**  
**Keule „ 60 „**  
**Adolf Scheel**, Langer Lohberg 20.

Dabei diese Woche wieder ein **schönes fettes Pferd** geschlachtet, wovon ich das Fleisch bestens empfehle.  
**Hans Jäde**, Rohlachterei, Schwartau, Kallenhof 24.  
**Zum Anschnitt**  
kommen heute und folgende Tage die Hinterviertel von **3 Füllen**, 1jährig, 2½- u. 4jährig, wovon ich meiner werten Kundschaft hochfeine Bratenstücke, ff. Beckstaf, ff. Würbebraten u. Filet, fetten **schönes Suppenfleisch** best. empfehle.  
Von 5 Uhr an: **Heiße Knackwurst.**  
**Heinr. Dieckvoss** Rohlachterei und Wurstfabrik mit elektr. Betrieb, Oberstraße 12, Fernruf 1664.

**Inventur - Ausverkauf.**  
**Reste jeder Art** spottbillig.  
**Ein Posten Knaben-Anzüge** zum Anschauen 2.50 u. 3.00 Mk.  
**Schluß des Ausverkaufs** Montag, den 31. Januar.  
**F. Jürgensen**, Ecke Radenb. u. Schwartauer Allee, Eingang Schwartauer Allee.  
**E. Boy**, Königstr. 61, F. 1811, Markt-Str. 46.  
**Schellfische** Pfund 40 Pf., Rotzungen Pfund 55 Pf., Seelachs Pfund 25 Pf., Kabesjan Pfund 35 Pf., Kreis Pfund 50 Pf., Schollen Pfund 40 Pf., Somburaer Stint Pfund 10 u. 15 Pf.  
**Möllers billige Fleischquelle!** 22 Günshausen 22.  
**Prima Rindfleisch Pfd. 50 Pf.**  
**Jung. Schweinefleisch 70 Pf.**

**Reparatur. billig u. gut**  
Federneinlegen 1.50 Mk.  
Reinigen . . . 1.50 „  
Glas . . . 0.90 „  
**G. Reese**, Uhrmacher, Hübstraße 22-24.  
1 Pfd.-Dose Spargel 45 u. 60 Pf.  
2 „ „ „ 50, 70 u. 100 „  
1 „ „ „ Erbien 80 u. 40 „  
2 „ „ „ 36, 48, 58, 95 „  
3 „ „ „ 65, 90 Pf., 4 Pf.-D. 90, 110 „  
2 „ „ „ 4 Pf.-D. 2 Pf.-D. 28 „  
3 „ „ „ 4 Pf.-D. 55 „  
1 Pfd.-D. gr. Bohnen 40, 2 Pf.-D. 70 „  
1 „ „ „ gem. Gemüse 35, 2 „ 60 „  
1 „ „ „ Karotten 22, 2 „ 35 „  
1 „ „ „ Spinat 35, 2 „ 55 „  
1 „ „ „ Pfefferlinge 35, 2 „ 60 „  
1 „ „ „ Feld. Möbchen 40, 2 „ 70 „  
2 „ „ „ Blumen . . . 50 „  
2 „ „ „ „ 70 „  
2 „ „ „ Stücken ohne Steine 80 „  
2 „ „ „ Mirabellen . . . 80 „  
2 „ „ „ Neineclanden . . . 85 „  
Große Salzgurken 2 Stk. 15 „  
Sauerkohl 2 Pfd. 15 „  
**Eduard Speck** Hübstr. 80 u. 82.

# HANSA-HALLE.

Sonntag, den 6. Februar

## Grosse öffentl. Volksmaskerade

verbunden mit  
**Kappenfest f. Zuschauer.**

Localöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende morgens.  
Einzug des Ringen Carneval im Gala-Wagen 8 Uhr.  
Karten im Vorverkauf bei **K. Bahr**, Sachsenburger Allee 36,  
**J. Piehl**, Warendorferstr. 41, **E. Kant**, Meiserstraße 29,  
**Fried. Nagel**, am Markt, und in der **Hansa-Halle**.  
Vorzugskarten a 40 Pfg. sind nur im Lokal zu haben.  
Maskenkostüme, sowie Kappen im Hause.  
Kinder haben keinen Zutritt.

Carl Kühn.

## Verband deutscher Brauereiarbeiter

(Zahlstelle Lübeck.)

### Einladung zum XVIII. Stiftungsfest,

am Freitag, dem 4. Februar 1910,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.  
Eintrittspreis 60 Pfg. Damen frei. Das Komitee.

### Schuhwaren-Inventur-Ausverkauf

nur noch diese Woche!

## Schuhwarenhaus F. Meyer,

Hüxterdamm 2.

### Ger. Schweinsbuden

ohne Knochen per Pfund 75 Pfg.  
**la. Schweinefleisch 75 Pfg.**  
auch Bratenstücke, Pfd.  
Junges fettes Rindfleisch 60 Pfg.  
Rindfleisch 50 Pfg., Schweinefleisch 45 Pfg.  
1 Stk. kleine Rauchstücke 55 Pfg.  
Kohlwurst 60 Pfg.  
gef. Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst  
70 Pfg., Preßwurst 50 Pfg.

### Bestes weißes Schmalz

von nur eigenen Schlachtungen,  
per Pfd. 85 Pfg., bei  
Abnahme v. 4 Pfd. Pfd. **80 Pfg.**  
Kuhentier per Pfd. 50 Pfg., bei Ab-  
nahme von 2 Pfd. per Pfd. 45 Pfg.  
Schwarzer 10 Pfg.

M. Lahrtz, Bücherstraße 16.

### Heiße Snackwurst, Brotwurst | St. 10 Pf. Leberwurst Kopffleisch. Reinr. Viereck

Süßstraße 96.

Empfehle:

Pa. fettes Rindfleisch	Pfd. 60 Pfg.
Bratenschmalz	Pfd. 55 u. 70
Geläsch	Pfd. 70
Kohlfleisch	80
Kuhfleischsteak	100
Gebäcktes	70
Kahlfleisch	Pfd. 50 u. 60
Hammelfleisch	Pfd. 75
Schweinefleisch	80
Karbowade	90
Flamenschmalz	90
Nierenöl	40

T. Atmer, Königstr. 48b.



## Fischhalle Hansa

Fünshausen 33  
empfehle bei Bedarf an Fischen.

## Zentral-Verband der Schmiede.

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 29. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus,  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die  
2. Bericht der Statutenberathungs-  
kommission zur nächsten General-  
versammlung.  
3. Allgemeine Anträge zur General-  
versammlung.  
Die Ortsverwaltung.



Beste Qualität. Erprobte Passform.  
Garantie für Haltbarkeit.

## Spezialmarke Original Goodyear Welt

25 Mk.  
50 Mk.

## TURUL-SCHUHFABRIK ALFRED FRÄNKEL KOM.-GES.

VERKAUFSSTELLE:  
**LÜBECK**  
49 Breitestrasse 49.

Filialen in allen grösseren Städten Deutschlands.



## TEE

neuester Ernte \* eigener Einkauf  
erprobter Qualitäten

### lose und in Paketen.

Gute bis hochfeine Mischungen  
1.60, 2., 2.50, 3., 3.50, 4., u. 5. Mk. das Pfund.

### Ceylon-Tee

1.60, 2.20 u. 2.40 Mk. das Pfund.

## Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.  
Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.  
Ueber 1000 Filialen.

Filiale in Lübeck: Holstenstraße 9.

Prima dicke Flamen	Pfd. 80 Pfg.
Frisch. u. ges. Eisbein	60 Pfg.
Schinkenspeck	90 Pfg.
Ger. Schinken	1 Mk.
Ein ger. Mettwurst	1 Mk.
Ein Zervelatwurst	1 Mk.
Blutwurst	Pfd. 60 u. 80 Pfg.
Krellwurst	Pfd. 50 Pfg.

Bratenschmalz	Pfd. 40 Pfg.
Kopffleisch	40 Pfg.
Kuhentier	50 Pfg.
Kohlwurst	90 Pfg.
Brot- u. Grützwurst	Stck. 10 Pfg.
Halbgeräuch. Schweinsköpfe	
Eeräucherte Nacken.	
Rippespeer.	

## Friedr. Paetan, Schlachtereier u. Wurstfabrik,

Mühlenstrasse 27. Telephone 573.

Empfehle die Beste annehm-  
liche prima junges kernef. Rind-  
fleisch 60 Pfd. 60 Pfg., Bratenstücke 65  
und 70 Pfg., Ruler 120 Pfg., Beefsteak  
1 Stk. Rindfleisch 80, Guleisch 70,  
Gebäcktes 70, Schweinefleisch 50,  
Bratenstücke 60, Schinken 50 Pfg.,  
Sammelfleisch 70, Keule 60, Salz-  
fleisch 50 Pfg., Keule 60 Pfg.

## Paul Boldt,

Schlachtereier  
Wohlfahrtstr. 22. Januar 2133.

## Betten, Bettfedern u. a. Betten-Mittel

kaufen Sie billig und reell bei  
Herrn **Otto Albers** Kohlmarkt  
10.  
1 St. kompl. Betten v. 12-50 Pfg. an.  
Bettfedern per Pfd. v. 45 Pfg. b. 4 Pfg.  
Rote Lübeck-Marken.



Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.  
Taschenuhr reinig. 1.50 Mk.  
1 Jahr Garantie.  
**Ernst Gentzen**, Uhr-  
Königstr. 62, b. d. Südg. H.  
Ged. rote Rabatmark.

Heute und folgende Tage:  
**Anstich von Bock**  
1/4 Liter 10 Pfg.  
Stehbierhalle Schwart. All. 35  
Dierzu ladet freundlichst ein  
Bruno Meyer.

## General-Versammlung

der  
**Hauszimmerleute - Sterbekasse**  
am Montag, 31. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
bei J. Mohr, Sandstraße 101.

Tages-Ordnung:  
1. Jahresabrechnung.  
2. Vorstandswahl.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

## Holsten-Automat

G. m. b. H.  
Holstenstr. 14.  
Warme und kalte Speisen  
Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.  
Helles u. dunkles Bier 10 Pfg.  
Freunden und hiesigem Publikum  
bestens empfohlen.  
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

## Verband der tüchtigen Brauereiarbeiter!

Zahlstelle Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, 30. Januar  
nachmittags 3 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Die Tagesordnung wird in der  
Versammlung bekannt gemacht.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

## Verband der Fabriarbeiter Deutschl.

Distrikt Schwartau-Rensfeld.

### Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 29. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gasthof Transvaal.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Distriktleitung.

## Verband der Fabriarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Die am heutigen Freitag  
stattfindende **Mitglieder-  
Versammlung** fällt we-  
gen des Vortragsabends aus  
und findet dieselbe am  
**Sonnabend, dem 29.  
Januar, abends 8 1/2 Uhr,**  
im Gewerkschaftshaus statt.

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder,  
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1909,  
3. Kartellbericht,  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Hansa-Theater

Eigent. und Dir.  
**Fritz Rittschers Ww.**  
Heute Freitag:  
Gastspiel des Thaliatheaters  
Elberfeld.

Zum letzten Male:  
**Das Manöverkind.**  
Schwan in 3 Akten  
von Max Neale.

Hierauf:  
**Der Traum des  
kleinen Edelweiss.**  
Gr. Ballet-Pantomime  
mit Vogel-Ballet in 1 Akt.  
Vorverkauf bei Sager.

Sonntag: Abschiedsgastsp.  
d. Elberfelder Thaliatheat.

## Neues Stadttheater.

Sonnabend, 29. Januar. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Abonn. 116. Sonnab. Ab. 19.  
Zum 1. Male:

### Der Andere.

Schauspiel von Paul Lindau.  
Sonntag: Nachm. 3 Uhr.  
Näher Abonn. Nachmittags-Preise.  
**Im weißen Röhl**  
Hierauf:

**Als ich wieder kam.**  
Lustspiele v. Blumenthal u. Kadelburg  
Sonntag: Abends 7 1/2 Uhr.  
**Carmen.**  
Oper von Bizet.